

Der Steinarbeiter

Organ des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

Der Steinarbeiter erscheint einmal wöchentlich am Sonnabend.
Abonnementspreis durch die Post inkl. Bestellgeld vierteljährlich 1.20 Mk.
Nichtverbandsmitglieder haben direkt bei der Post zu bestellen.

Redaktion und Expedition:
Leipzig
Zeiger Strasse 32, IV., Volkshaus
Telephon 7505.

Anzeigen: An Gebühren werden von Privaten 40 Pfg. für die gespaltene
Petitzelle oder deren Raum berechnet. — Inserate werden nur gegen
vorherige Einwendung des Betrages aufgenommen.
„Der Steinarbeiter“ ist unter Nr. 7528 der Zeitungs-Postliste eingetragen.

Nr. 13.

Sonnabend, den 27. März 1909.

13. Jahrgang.

Inhalt.

Hauptblatt: Streiks, Sperren und Lohnbewegungen. — Zur Arbeitslosenversicherung. — Der beendete Streik in Reichenbach im Odenwald. — Agrarische Regungen. — Zur Alkoholfrage. — Korrespondenzen. — Nicht Verklammerung, sondern Ausbau der Arbeiterversicherung. — Rundschau. — Literarisches. — Allgemeine Bekanntmachungen. — Quittung. — Briefkasten. — Anzeigen.

Beilage: Die Witwen- und Waisenversicherung. — Arbeitslosigkeit und Gewerkschaften. — Die Steinindustrie im Harz. — Gewerbegerichtliches. — Korrespondenzen. — Feuilleton: Bebel 40 Jahre Parlamentarier.

Streiks, Sperren und Lohnbewegungen.

(Ueber alle unter dieser Rubrik veröffentlichten Bewegungen ist wöchentlich zu berichten; wo das unterbleibt, fällt für die folgende Nummer die Bekanntmachung weg.)

Sesperert sind: Freiburg (Ainstr.) Werkplatz Kottig. — Roth a. Sand: Firma Kerpert. — Reinheim: Granitwerk Frohmann.

Bielefeld. Die Firma August Hunger weigert sich hiesige Kollegen einzustellen. Zugang ist zu meiden.

Schmalkalden und Brotterode. Bei der Firma Köpfer stehen die Kollegen in Lohnbewegung.

Hann. Die Firma Arnold am Kasernen-Neubau ist gesperrt.

Osnabrück. Im Streit stehen die Steinmehlen und Hilfsarbeiter.

Freiburg (Baden). Infolge Lohnabzügen legten die Kollegen die Arbeit nieder. Die Firma M. Rehmann (Steinbruch) Almenzberg bei Emmendingen kommt ebenfalls in Betracht. Zugang nach beiden Orten ist streng fernzuhalten.

Regenborn. Am 11. März legten sämtliche Kollegen bei der Firma W. Brandt, Stadoldendorf, die Arbeit nieder.

Chemnitz. Die Kollegen stehen in Lohnbewegung. Die Unternehmer lehnen es ab, mit den Kollegen zu unterhandeln. Zugang ist streng zu meiden.

Bredeneck und Hameisprunge. Bei der Firma Chr. Menzing stehen die Kollegen im Streit.

Gröda bei Riesa. Die Firma Runze nahm beträchtliche Lohnreduzierungen vor. Die Pflasterer legten am 3. März die Arbeit nieder.

Bad Dürkheim. Zugang nach hier ist fernzuhalten. Die Unternehmer wollen uns den alten Vertrag mit einigen Modifikationen wieder aufhalsen.

Kadolfzell, Konstanz, Sigen. Die Betriebe der Firma Franz Schmal sind wegen Maßregelung unsrer Kollegen strengstens zu meiden.

Birkenfeld. Die Firma Christian Käser ist gesperrt. Im Schwarzwälder Voten sucht R. Steinmehlen.

Stantenburg. Die Steinmehlen der Firma Schönsfeld sind am 22. März in den Streit getreten.

Hafferode. Der Streik im Granitwerk „Steinerne Renne“ ist zu unseren Gunsten erledigt. Der schneidige Geschäftsführer Hoffmann mußte über die Klinge springen, er erhielt seine sofortige Entlassung.

Firma. Bei der Firma Rehmann Nachfolger (Inhaber Würdig) Firma-Rothweindorf, lösten sämtliche dort beschäftigte Kollegen das Arbeitsverhältnis. Die fortgesetzte Umgehung und Verdröhung des Tarifs, sowie die aller Beschreibung spottende Behandlung durch die Poliere Opitz und Ruschig veranlaßten die Kollegen zu diesem Schritt. — Wir eruchen die reisenden Kollegen, das hiesige Bruchgebiet so lange zu meiden, bis diese Angelegenheit geregelt ist.

Striegau. Die Unternehmer muten den Steinarbeitern zu, sich eine Lohnreduktion von 5 Prozent gefallen zu lassen. Die Arbeiter sollen nunmehr das Werkzeug selbst stellen und auch schärfer lassen. Eine Steinarbeiterversammlung, die von über 1000 Kollegen besucht war, beschloß, am 23. März die Arbeitsniederlegung. Näherer Bericht folgt in nächster Nummer. Kein Granitarbeiter nehme im Striegauer Gebiet Arbeit an.

Saugensalza. Der Tarif wurde auf ein weiteres Jahr verlängert. Die geschliffenen Arbeiten werden von jetzt ab auch im Akkord angefertigt. Arbeit ist gegenwärtig nicht vorhanden.

Reichenbach (Odenwald). Der Streik der Steinmehlen bei der Firma Deutsche Steinindustrie hat am 20. März nach elfwöchiger Dauer durch einen Tarifabschluß bis 1911 seine Erledigung gefunden. Der Abschluß bedeutet einen Erfolg. (Siehe Artikel dieser Nummer.)

Böhmen: Karlsbad, allgemeiner Streik. Schwarzbrenn, alle Firmen gesperrt. Hermannsdorf, Firma Siebl gesperrt. Ossegg gesperrt.

Niederösterreich: Hühlsdorf, Firma Sommer u. Weniger gesperrt. W.-Neustadt, wegen Maßregelung der Vertrauensmänner, Streik. Schrems, Brohndich und Schreiberberg gesperrt.

Salzburg: Fürstenbrunn, Riefer-Bruch, Streik.

Tirol: Bozen (Firma Kompatscher), Streik. Innsbruck wegen Differenzen gesperrt. Sterzing gesperrt.

Schweiz: Gesperet für Sandsteinhauer: Mägenwill, Schaffhausen.

Ungarn: Budapest. Die Steinmehlen stehen in Lohnbewegung. Wie uns berichtet wird, wollen die Unternehmer in Böhmen und in Süddeutschland Arbeitswillige anwerben. — Also aufgepaßt.

Zur Arbeitslosenversicherung.

Ueber die Arbeitslosenversicherung der Stadt Straßburg liegt nunmehr der zweite Jahresbericht, und zwar für das Jahr 1908, vor. Das erste Geschäftsjahr war zum größten Teil noch in die Zeit günstiger Wirtschaftsverhältnisse gefallen, während das zweite ganz im Zeichen der Krise stand. Die Ergebnisse gerade dieses Jahres gewähren also ein besonderes Interesse, da sich natürlich jede Institution der Arbeitslosenfürsorge in den Zeiten der Krise zu bewähren hat.

Wir geben zunächst die statistischen Ergebnisse wieder, um uns dann mit den sachlichen Folgerungen etwas eingehender zu beschäftigen. Die Zahl der der städtischen Arbeitslosenversicherung angeschlossenen Verbände von Arbeitern und Angestellten ist von 20 auf 29 gewachsen — es kamen unter andern hinzu der Zentralverband der Handlungsgesellen, die Transportarbeiter, Fabrikarbeiter und Gemeinde- und Staatsarbeiter — so daß nunmehr sämtliche Verbände, die überhaupt Arbeitslosenunterstützung gewähren und in Straßburg dauernd Mitglieder haben, sich der städtischen Einrichtung angeschlossen haben. Von den 29 Verbänden haben im Laufe des Jahres 1908 18 von der Stadt für ihre Mitglieder Unterstützung bezogen. Die Zahl der unterstützten einzelnen Arbeitslosen betrug 247 gegen 153 im Vorjahre, die Zahl der unterstützten Fälle 443, im Vorjahre 264. Am stärksten waren beteiligt die Metallarbeiter, dann folgen die Zimmerer, Holzarbeiter, Buchdrucker. Der ungünstigste Monat war wiederum der Januar, der günstigste der Juni. Insgesamt wurde während des Jahres für 4989 Tage Unterstützung geleistet, gegen 2618 Tage im Vorjahre. Davon entfallen 1479 = 29 Proz. auf die Metallarbeiter, 1004 auf die Zimmerer, 968 auf die Holzarbeiter und 780 auf die Buchdrucker. Zieht man zum Vergleich die Zahl der Tage heran, für die die Verbände auf eigene Rechnung Unterstützung zahlten, so ergibt sich, daß den 4989 städtischen nicht weniger als 10 608½ Verbandsunterstützungstage gegenüberstanden. Der Grund für diese Tatsache ist in der Vorschrift des einjährigen Wohnsitzes in der Stadt als Bedingung für die Gewährung des städtischen Zuschusses zu suchen.

Diese Zahlen, wie auch die Zahlen über die tatsächliche Dauer der Arbeitslosigkeit beweisen den schärferen Charakter der Arbeitslosigkeit im Jahre 1908. Infolgedessen hat sich auch die Gesamtsumme der städtischen Unterstützung im Jahre 1908 gegenüber dem Jahre 1907 fast verdoppelt. Sie belief sich auf 3507,36 Mk. Wie die Summe der städtischen Unterstützungsgelder, haben sich auch die der Verbände beinahe verdoppelt, sie stiegen von 7726,64 im Jahre 1907 auf 14 327,66 Mk. Sie betragen also das vierfache der städtischen Unterstützungssummen, obgleich die Stadt 50 Prozent Zuschuß gewährt. Der Grund ist auch hier das Erfordernis des einjährigen Wohnsitzes.

Die Zahl der durch die Versicherung geschützten Arbeiter belief sich auf 4872. Rund 30,4 Prozent der gelernten Arbeiter in Handwerk und Industrie werden durch die Versicherung erfasst. Das ist ein nicht ungünstiges Resultat. Für die städtischen Finanzen bedeutet diese Art der Arbeitslosenfürsorge keine besonders hohe Belastung. Für den gelernten Versicherten belief sich der Zuschuß der Stadt auf 12,66 Mk. Viel größere Ansprüche stellt die Veranlassung von Notstandsarbeiten. Im Winter 1907/08 gab Straßburg bei der Beschäftigung von Notstandsarbeitern rund 63 000 Mk. mehr aus, als ihr die gleichen Arbeiter bei anderer Jahreszeit und anderer Produktionsart gekostet haben würden. Bei einer Zahl von 1200 Arbeitslosen macht das einen Zuschuß der Stadt pro Notstandsarbeiter von 52,50 Mk. aus, also das Vierfache des Zuschusses für einen gelernten versicherten Arbeiter. Die durchschnittlich längere Arbeitslosigkeit der Notstandsarbeiter, die fast durchweg Saisonarbeiter sind, ist natürlich für diese Erscheinung in erster Linie verantwortlich zu machen. Dazu kommt nun weiter, daß die Stadt hier die gesamte Last der Fürsorge zu tragen hat, während bei den organisierten Arbeitern die Verbände einen großen Teil abnehmen.

Durchweg kann man den Grundgedanken zustimmen, die der Bericht aus den gemachten Erfahrungen für die zukünftige Arbeitslosenfürsorge der Stadt Straßburg ableitet. Für das Gros der ungelerten Arbeiter, zu denen einige Gruppen gelernter Arbeiter des Baugewerbes zugerechnet werden müssen, sind Notstandsarbeiten die beste Fürsorge. Für das Gros der gelernten Arbeiter tritt an ihre Stelle die Geldunterstützung. Diese letztere ist für die organisierten, gelernten Arbeiter unbedenklich durchführbar. Für die unorganisierten stehen zwei Wege offen: die Gründung freiwilliger Versicherungskassen, oder die bare Geldunterstützung durch die Gemeinde. Der letztere Weg ist in dem Winter 1908/09 von verschiedenen deutschen Städten nach dem Vorgang der schweizerischen Städte

beschritten worden. Der Bericht erhebt gegen diese Art und Weise schwere Bedenken. Die gewährte Unterstützung ist in der Regel sehr gering, 2—3 Mk. pro Woche. Es fehlt ferner der Ansporn zur Selbsthilfe, wie sie in den Versicherungskassen zum Ausdruck kommt. Schließlich ist die Kontrolle der Arbeitslosigkeit infolge des Fehlens der Mitarbeit der Verbände sehr schwer, wenn nicht undurchführbar. In Mainz hat man, wie wir in der letzten „Kommunalen Rundschau“ sahen, die Polizei zur Kontrolle herangezogen, ein sichtlich recht wenig geeignetes Institut. Das System der Gründung freiwilliger Versicherungskassen erfordert gleichfalls recht erhebliche städtische Zuschüsse, die weit über das hinausgehen, was bei dem Genter System geleistet werden muß. Die Versicherten rekrutieren sich bei den freiwilligen Kassen fast ausschließlich aus solchen Gewerben, die jedes Jahr mit einer mehr oder minder lang dauernden Arbeitslosigkeit zu rechnen haben. Infolgedessen wird auch ein sehr großer Prozentsatz — meist 80 Prozent — von ihnen regelmäßig arbeitslos, so daß ihre Beträge absolut unzureichend sind, um aus ihnen nur halbwegs genügende Unterstützungen zu gewähren. Es müssen also von dritter Seite die notwendigen Zuschüsse geleistet werden, und diese werden viel mehr betragen, als ein Drittel der gesamten Unterstützung, wie bei dem Genter System. Mit Recht hält es der Bericht für ungerecht, dem unorganisierten Arbeiter, der Mitglied einer solchen freiwilligen Versicherungskasse wird, mehr Zuschuß zu gewähren, als dem organisierten. Schließlich haben diese Kassen wiederum mit sehr großen Schwierigkeiten der Kontrolle zu kämpfen, wiederum eine Folge des Fehlens des berufsgenossenschaftlichen Elements.

Die Straßburger Einrichtung hat sehr viel Interesse gefunden. Doch sind ihrem Beispiele nur herzlich wenig Stadtverwaltungen gefolgt. Der Bericht kann zwei Vorkommnisse der Stadt Straßburg: Schiltigheim und Bischheim, und die Stadt Erlangen nennen. In der letzteren Stadt erhält der unorganisierte Arbeitslose ohne Rücksicht darauf, ob er einer speziellen Unterstützungskasse angehört oder nicht, von der Stadt die gleichen Unterstützungen wie die unorganisierten, also höchstens 60 Pfg. In Mühlhausen i. G. wurde die Einrichtung einer Versicherung nach Straßburger Muster bereits im Winter 1908/09 prinzipiell beschlossen. Die Angelegenheit ist aber noch nicht zum Abschluß gelangt.

Dr. Hugo Lindemann.

Der beendete Streik in Reichenbach im Odenwald.

Zur vorderen Odenwald, wo die Arbeiterbewegung noch viele Anhänger unter den dort beschäftigten Granitarbeitern gewinnen kann, hat sich ein 11wöchiger Lohnkampf abgepielt, dessen günstiger Ausgang auf die indifferenten Granitarbeiter des Bezirks jedenfalls keine Wirkung nicht verfehlen wird. Den Mitgliedern unsres Verbands wird noch in guter Erinnerung sein, wie vor etlichen Jahren der Organisationsgedanke im vorderen Odenwald plötzlich aufloderte, aber nach langem Kampf brutal unterdrückt wurde, unterdrückt mit Hilfe des wirtschaftlichen Uebergewichts einiger Steinmagnaten! Die hier von betroffenen Steinarbeiter waren leider, mit Ausnahme weniger, diesem Ringkampf nicht gewachsen, denn sie selbst hatten eine bedauerliche und wenig gefestigte Auffassung von der Kraft, die im Zusammenschluß der Arbeitsbiene liegt. Nur die Zahlstelle Reichenbach ragt wie ein eherner Fels aus dem Zusammengebrochenen hervor. In dieser Zahlstelle hat der Steinarbeiterverband einen guten Stützpunkt, der in absehbarer Zeit noch gute Dienste leisten wird und muß, um die Schwarte, die vor einigen Jahren unsre Organisation sich dort holte, wieder auszuweken. Die Zahlstelle selbst hat es wohl verstanden, sich den nötigen Respekt der ihr entgegenarbeitenden Kräfte zu sichern, und nicht nur allein auf wirtschaftlichem Gebiet.

Die Ursache zu der Arbeitseinstellung am 1. Januar dieses Jahres war, daß die Firma Deutsche Steinindustrie in recht verständiger Weise den von ihr geforderten Tarif durch einen in der Preisnormierung für Steinmehlarbeiten sehr ungünstigen Tarif ersetzen wollte. Angebahnte Unterhandlungen führten zu keinem befriedigenden Resultat in den ersten Wochen. Der Verlauf des Streiks zeigte, daß trotz der großen Mühe, die seitens der Firma aufgewendet wurde, der Solidaritätsgedanke kein leerer Wahn ist; denn kein Streikbrecher fand sich, weder von auswärts noch in den Reihen der Streikenden selbst. Die Einwohnerschaft in ihrer übergroßen Mehrheit sympathisierte mit dieser Abwehrbewegung, diese Sympathie stand erkennlicherweise gegen früheres Verhalten wohlthuend ab; erklärte der Firmavertreter doch selbst einem um Arbeit zusprechenden Steinmehler, als er nach Kost und Logis sich erkundigte: „In Reichenbach gibt es nichts, denn die ganzen Bewohner stehen auf der Seite der Streikenden.“ Hat die Einwohnerschaft solche Empfindungen für die Kämpfe der Arbeiter, dann ist es unzweifelhaft eine moralische Unterstützung, die nicht hoch genug eingeschätzt werden kann, obgleich solche Stellungnahme wirtschaftliche Ursachen hat.

Die Reichenbacher Steinmehlen haben sich mit Recht gewehrt, trotz des im allgemeinen flauen Geschäftsgangs in der Erbsenindustrie. Gewiß haben in Zeiten der wirtschaftlichen Depression einige Unternehmungen Beklemmungen durchzumachen, aber dafür sich an die Arbeiter bezw. deren Entlohnung schädlos halten zu wollen, ist eine recht kurzfristige Geschäftspraxis — wenigstens nach Auffassung des Schreibers dieser Zeilen —, die in den wenigsten Fällen dem Unternehmer Vorteil bringt. Unterhandlungen, vom Zentralvorstand angebahnt, führten nunmehr zur Erneuerung eines Tarifverhältnisses mit der Deutschen Steinindustrie in Reichenbach auf weitere zwei Jahre!

Am 19. März fand im Lokale des Herrn Trodt in Reichenbach eine Versammlung statt, wo der Verbandsssekretär namens der Unterhandlungskommission Bericht über die mehrtägigen Verhandlungen erstattete. Nach eingehender Erläuterung des Resultats stimmten die Versammelten dem Tarifabschluß zu. Damit hat der 11wöchige Streik sein Ende erreicht und nicht nur die Verschlechterungen abgemehrt, sondern die Entlohnung der Arbeitskräfte ist eine bessere geworden. Der Berichterstatter wies nun auf die ferneren Aufgaben der Zahlstelle hin. Es sei notwendig, die Bewegung agitatorisch auszunutzen und die abseits stehenden Schleifer der Organisation wieder zuzuführen. Ebenso müsse in nächster Zeit die Zahlstelle Schönberg mit Reichenbach verschmolzen werden; den ersteren wird es keinen Nachteil bringen, sondern es wird für den ganzen Bezirk eine Stärkung bedeuten.

Der Verlauf und Ausgang des Streiks wird nun hoffentlich auch die Firma Deutsche Steinindustrie eines besseren belehren, so daß für die Zukunft das tarifliche Verhältnis nicht alle paar Jahre durch Kraftproben, wie der letzte und vorletzte Streik es waren, wieder eingeregelt werden muß. Zum Schaden der Firma wird eine solche Erkenntnis sicher nicht sein! H. S.

Agrarische Regungen.

G. Nach § 164 des Invalidenversicherungsgesetzes ist es den Landesversicherungsanstalten gestattet, bis zu einem Viertel ihres Vermögens für die Erbauung von Arbeiterwohnungen, Volkshäusern, Volksschulen, Kranken- und Genußhäusern, Spar- und Konsumvereinen, Volkshospitälern usw. zu verwenden. Will eine Versicherungsanstalt mehr als den vierten Teil ihres Vermögens zu den genannten Zwecken verwenden, so bedarf sie dazu der Genehmigung des Kommunalverbandes bzw. der Landeszentralbehörde. Mehr als die Hälfte ihres Vermögens darf jedoch eine Versicherungsanstalt in der bezeichneten Weise nicht anlegen. Hieraus ist ersichtlich, daß die Versicherungsanstalten heute schon sehr viel für das Arbeiterwohnwesen tun können. Leider geschieht aber in dieser Beziehung bei den meisten Versicherungsanstalten viel zu wenig. Um für das Arbeiterwohnwesen nun mehr als bisher zu tun, gelangte in einer Ausschußsitzung der Landesversicherungsanstalt Sachsen-Anhalt zu Merseburg ein die Errichtung von Rentengütern bezweckender Antrag zur Verhandlung. Unter Rentengütern versteht man solche eigentümlich besessene Grundstücke, die mit einer festen Geldrente oder anderen Belastungen versehen sind. Da nun die von der Versicherungsanstalt bisher zum Bau von Arbeiterwohnhäusern zu ermäßigtem Zinsfuß gegebenen Darlehen zum weitaus größten Teile der industriellen und nur in ganz geringem Maße der ländlichen Bevölkerung zugute gekommen seien, so solle mit der Rentengüterbildung angefangen werden, den ländlichen Arbeitern mehr entgegenzukommen. Dazu bietet sich in neuerer Zeit durch die Gesetzgebung ein Weg, um sowohl den städtischen wie auch den ländlichen Arbeitern die Erwerbung eines eignen Hauses mit Garten ohne erhebliche eigne Mittel zu ermöglichen. Während früher die Rentengüter nur größere landwirtschaftlich genutzte Anwesen darstellten, sei durch gemeinsamen Erlaß der preussischen Finanz- und Landwirtschaftsminister vom 8. Januar 1907 angeordnet, daß auf Grund der Gesetze vom 7. Juli und 16. November 1901 Rentengüter auch in kleinem Umfange bis zu einer Mindestgröße von 12,50 Ar, gleich 1/2 preussischer Morgen, gebildet werden können. Auf Grund dieser Anordnung beabsichtigt nun die Generalkommission für den Regierungsbezirk Merseburg mit der Bildung solcher kleinen Rentengüter vorzugehen, und hatte demzufolge die Versicherungsanstalt um ihre Mitwirkung durch Gewährung von Darlehen zu ermäßigtem Zinsfuß ersucht.

Da man von einem derartig kleinen Renten „gute“ nicht leben kann, läuft die ganze Sache letzten Endes auf eine Unterstützung der Agrarier bei Besorgung „angesehener“ Arbeiter hinaus, da die Rentengüter gerade deshalb, weil sie angesehener sind, williger ungunstige Arbeitsbedingungen hinnehmen sollen.

Die Bildung der Rentengüter geschieht in der Weise, daß der Besitzer eines geeigneten Landbesitzes (Staat, Kreis, Gemeinde, oder auch ein Privatmann) ein entsprechendes Stück Land zur Verfügung stellt, aus dem durch Vermittlung der Generalkommission Rentengüter, d. h. Wohnhäuser mit Wirtschaftsgebäuden und abgegrenztem, nutzbarem Land hergerichtet und an geeignete Bewerber verkauft werden. Die auf Grund des oben erwähnten Ministerialerlasses errichteten kleinen Rentengüter werden demnach aus einem Einfamilienhaus mit Stall und einem etwa 1/2 Morgen großen Garten oder Acker bestehen, dessen Gesamtwert 5—7000 Mark im allgemeinen nicht übersteigen würde. Auf den Kaufpreis hat nun aber der Rentengüternehmer (Käufer) in der Regel 10 Proz. des Rentengüterwertes anzuzahlen, weitere 75 Proz. erhält er vom Staat durch die Rentenbank als Darlehen. Für dieses Darlehen hat er eine grundbuchlich einzutragende feste Geldrente von 4 Prozent zu zahlen, von denen 3 1/2 Prozent auf Verzinsung, 1/2 Proz. auf Abtrag gerechnet wird, so daß das Darlehen in 60 1/2 Jahren getilgt ist. Die Auszahlung des Darlehens erfolgt jedoch nicht in bar, sondern in 3 1/2 prozentigen Rentenbriefen, für deren Veräußerung der Käufer selbst zu sorgen hat. Der Wert des Rentengutes wird durch eine besondere, von der Generalkommission aufgestellte Liste ermittelt.

Dem Rentengüternehmer, der nicht über mehr Vermögen verfügt als die Anzahlung beträgt — was wohl meistens der Fall sein wird — fehlt somit noch die Summe von 15 Proz. des Gesamtwertes, die durch eine zweite Hypothek aufzubringen sein würde. Diese Hypothek werden die „glücklichen“ Rentengüternehmer schwer oder gar nicht aufbringen. Deshalb war die Landesversicherungsanstalt angegangen worden, die auf das Rentengut einzutragende zweite Hypothek, die den zwischen 75 bis 90 Proz. liegenden Teil des Grundstückwertes umfassen würde, herzugeben. Der Ausschuß stimmte der Vorlage in der Weise zu, daß die Beleihung von Rentengütern bis zu 75 Proz. des Gesamtwertes zulässig sein soll, eine Beleihung von 75 Proz. bis 90 Proz. kann der Vorstand aber nur mit Zustimmung der für die Gewährung von Arbeiterwohlfahrtsdarlehen gebildeten Kommission und unter selbstschuldnerischer Bürgschaft eines Kommunalverbandes vorzunehmen.

Nachdem man Gelder der Versicherungsanstalt Sachsen-Anhalt in der geschätzten Weise für die Errichtung von Rentengütern flüssig gemacht hat, wird man, soweit die preussischen Anstalten in Betracht kommen, derartige Verträge auch bei den andern Anstalten machen. Da nun der Ausschuß der Versicherungsanstalt über die Gewährung von Darlehen für Rentengüter erst befragt werden muß, so wollen sich die Arbeitnehmerbeisitzer im Ausschuß denn doch überlegen, ob man den Arbeitern hier nicht Laßen aufhört, denen sie auf die Dauer nicht gemacht sind. Was geschieht zum Beispiel, wenn der Rentengüternehmer die Existenzmöglichkeit verliert und dann die eingegangenen Verpflichtungen nicht mehr erfüllen kann? Alsdann dürfte der Rentengüterbesitzer sehr schnell seiner Anzahlung usw. verlustig gehen können. Fraglich ist es auch, ob die Lage des Arbeiters durch Errichtung von Rentengütern gehoben wird; eher dürfte die Existenz erschwert werden durch den unverhältnismäßig gesteigerten Wert der Wohnung, durch Abgaben, die für Zinsen und Tilgung aufzubringen sind. Weiter ist die Erwerbung des Rentengutes auch insofern schon gar nicht so leicht, als der Erwerber mindestens 500—700 Mark bares Geld haben muß. Dann aber zahlt die Rentenbank das Geld (75 Prozent) gar nicht einmal in bar, sondern nur in Rentenbriefen, für deren Veräußerung der Käufer selbst zu sorgen hat.

Mit solchen Palliativmitteln ist die Lage der Arbeiter auf keinen Fall zu heben. Will man aber den Versicherten ernstlich entgegenkommen, dann führe man eine durchgreifende Reform der Sozialgesetze durch. Auch das jetzige Gesetz läßt eine Erweiterung der Leistungen zu. Nach § 45 des Invalidenversicherungsgesetzes kann durch übereinstimmenden Beschluß des Vorstandes und des Ausschusses bestimmt werden, daß die Ueberüberschüsse des Sondervermögens einer Versicherungsanstalt über den zur Deckung ihrer Verpflichtungen dauernd erforderlichen Bedarf zu andern als den im Gesetz vorgesehenen Leistungen im wirtschaftlichen Interesse der der Versicherungsanstalt angehörenden Rentenempfänger, Versicherten, sowie ihrer Angehörigen verwendet werden. Solche Beschlüsse bedürfen der Genehmigung des Bundesrates. Keinen Ausdruck gefunden hat nach § 45 der wichtige Gedanke, daß die Mehrleistungen nur in Nebenleistungen bestehen dürfen, daß dagegen die „eigentlichen Hauptleistungen des Gesetzes, insbesondere die Renten, nach Höhe und Voraussetzung unverändert bleiben“ müssen. Die Hauptleistungen zu erhöhen, ist die wichtigste Forderung der Arbeiter bei der bevorstehenden Reform. Höhere Renten, Herabsetzung der Altersgrenze zum Bezuge der Altersrente, Gewährung der Invalidenrente schon mit 50 Prozent Erwerbsunfähigkeit, Mehraufwendungen für das Heilverfahren usw., diese Forderungen können nicht laut genug erhoben werden. Ebenso, wie eine Anzahl Versicherungsanstalten nur sehr wenig für das Arbeiter-Wohnwesen ausgeben, gibt es solche, die alljährlich die Hälfte der das Heilverfahren beantragenden abweisen. Das Geld für solche Ausgaben haben aber die Versicherungsanstalten, und hier können die Worte: „Das Geld, das wir für die Witwen- und Waisenversicherung zu haben glauben, ist nicht da, der schöne Traum ist verfliegen“, keine Anwendung finden. Bei den Landesversicherungsanstalten fehlt es durchaus nicht an Mitteln für das Heilverfahren. Für das selbe wurden im Jahre 1907 von allen Versicherungsanstalten 15,1 Millionen Mark ausgegeben, während die Vermögenssumme in demselben Jahre bei diesen Anstalten 93,5 Millionen betrug. Nach solcher Vermögenszunahme können erst recht höhere Leistungen verlangt werden. Dieselben würden dann auch den einmütigen „Rentengüterbesitzern“ später zugute kommen.

Zur Alkoholfrage!

In jedem ehrlichen Bekenntnis liegt hohe sittliche Kraft.

Diesen Spruch las ich in der „Breslauer Volkswehr“, gerade zu der Zeit, als der „Steinarbeiter“ mehrere solche Bekenntnisse veröffentlichte. Es mag wohl eine gute Sache sein, wenn man sich etwas abgewöhnt, was man bisher ohne Rücksicht auf Maß und Ziel genossen hat. Aber damit gleich das Recht in Anspruch zu nehmen, andern, die bei maßigem Genuß ein gewisses Bedürfnis befriedigten, den Broterwerb höher hängen zu wollen, das ist jedenfalls keine besondere sittliche Kraft.

Einen Kampf auf diese Art gegen den Alkohol zu führen, finde ich nicht für richtig. Es ist von hohem Wert, seinen Kameraden die Gefährlichkeit des Alkohols zu predigen, hauptsächlich, wenn er übermäßig genossen wird. Ich will niemand zu nahe treten. Aber wenn man die Wahrheit sagen will, muß man die Tatsachen beim richtigen Namen nennen. „Junge Kokotten, alte Verjüngern.“ Das ist die Moral von der Geschichte. Wer eine Sünde über alle Maßen begangen hat und ihr keinen Geschmack mehr abgewinnen kann, wird dann ihr ärgster Feind.

Sehen wir uns doch die Temperenz und Abstinenz etwas näher an. Es sind meist alte Lebemann, die durch das Lebermäßige aller Genüsse ihren inneren Menschen auf Null herabgebracht haben. Sie wollen dann „ungenannt“ ihren Mitmenschen als abschreckendes Beispiel dienen. Aber leider ist die Sache sehr durchsichtig.

In Dänemark werden zum Beispiel in neuerer Zeit Gesetze verlangt, die fanatische Temperenzlei bekämpfen zu können, weil sie gemeingefährlich wird. In Amerika haben wir das selbe Beispiel. Dort haben ganze Haufen von solchen fanatisch „Nüchternen“ die Destillen gestürzt, ohne Rücksicht auf Leben und Eigentum. Man sollte glauben, daß ein nüchternes Hirn sich zu so etwas nicht hinreißt ließe. Das beweist, daß die allzugroße Nüchternheit nicht der Gradmesser für die Vernunft ist.

Ein schönes Beispiel des großen Dichters Schiller möchte ich anführen. Er hat in einem Restaurant Wein getrunken, den er mit Wasser verdünnt hat. Darob haben ihn betrunkenen Studenten gehänselt. Er wies sie aber schneid zurecht, indem er sagte:

Das Wasser allein, das macht stumm,
Das beweisen im Leiche die Fische;
Der Wein allein, der macht dumm,
Das beweisen die Herren am Tische.
Und weil ich nun keines von beiden will sein,
So trink ich das Wasser gemischt mit Wein.

Ich vertreten den Standpunkt, daß der Steinarbeiter bei seinem schweren Beruf ohne ein gutes Glas Bier nicht auskommen kann. Kollege Fleck wird ja wissen, in welch horrender Weise sich die Herren Birte, die antialkoholischen Getränke bezahlen lassen. Natürlich meine ich, daß Bier und Branntwein nur aus den besten Stoffen hergestellt werden sollen. Im allgemeinen darf gesagt werden, daß unter den organisierten Steinarbeitern heute nicht übermäßig getrunken wird. Offen gestanden: die Moralpausen der Kollegen Müller und Fleck sind nicht nach meinem Geschmack. Die Meinung kann ich nicht vertreten, daß an Stelle des guten, wohlschmeckenden Bieres gehaltlose und fastlose antialkoholische Getränke getrunken werden sollen.

Bunzlau.

Steinide.

Korrespondenzen

Attendorf. In dem Steinbruch der Firma Attendorfer Kalkwerke zu Biggen wurde am vergangenen Sonnabend dem Arbeiter August Klein durch niederstürzende Felsmassen der Kopf zertrümmert. Auf Veranlassung des Direktors Raymann wurde, ohne daß durch das Gericht oder einen Arzt (die in wenigen Minuten hätten zur Stelle sein können) der Tatbestand auf-

genommen, die Leiche nach Attendorf transportiert. Obwohl an solchen Stellen, wo Steinfall zu befürchten ist, nicht gearbeitet werden darf und obgleich der Direktor kurze Zeit vor dem Unfall von einem Arbeiter gebeten wurde, er möge doch an dieser gefährlichen Stelle einen Mann zur Aufsicht anstellen, um die Arbeiter zu warnen, wenn Steine von der oberen senkrechten Felsenwand sich ablösen, entgegnete der Herr: „Wem die Arbeit nicht paßt, der mag aufhören.“ In den bürgerlichen Zeitungen ist wiederholt, allerdings ohne Erfolg, auf den gefährlichen Betrieb dieses Steinbruches hingewiesen worden. Im vorigen Jahre brachte ein bürgerliches Blatt folgenden Bericht:

Wer öfters die Provinzialstraße Finntrop-Attendorf passieren muß, wird jedesmal froh sein, wenn er an dem Steinbrüche in Biggen mit heiler Haut vorbeigekommen ist. Defters entstehen ärgerliche Auftritte zwischen den die Straße passierenden Fuhrleuten und dem Bruchmeister, weil die öffentliche Straße für jeden Verkehr gesperrt ist. Wie oft schon sind aber den Straßepassanten die Sprengstücke um die Köpfe geflogen, weil die Schüsse nicht gedeckt waren. In dem Steinbruch wird mit Dynamit gearbeitet und dürfen die Arbeiter für den ganzen Tagesbedarf mit Dynamitpatronen versehen sein. Weil rechts an der Straße sich der Bruch befindet und links die Bude für die Arbeiter, kommen letztere mit den Patronen in Verührung, selbst wenn die Arbeiter im Besitze von Dynamit sind. Die Chausseebäume sind durch die Sprengstücke demoliert. Die Telegraphenleitungen hat man an dieser Stelle abseits der Straße legen müssen, weil die Drähte zerstört worden. Alle Eingaben bleiben aber leider erfolglos.

Am 17. Dezember vorigen Jahres hat ein durch den Steinbruchbetrieb verunglückter Straßepassant eine Eingabe mit schweren Beschuldigungen gegen den Steinbruchbetrieb an das Handelsministerium gemacht, ohne bisher Nachricht zu erhalten. Welche Freiheiten diesem Steinbruchbetrieb gestattet sind, beweist wohl zur Genüge, daß das Haupt-Dynamit-Magazin fünfundsiebzig Schritt von dem Gleise der Staatsbahn entfernt ist. Auch befinden sich in unmittelbarer Nähe dieses Dynamitlagers bewohnte Häuser. Unlängst flog in einem Steinbrüche in der Nähe von Bannemühl ein Dynamitmagazin in die Luft und verfeuerte die Umgegend in Schrecken. Die Gefahr besteht hier ebenfalls. Das Leben der Eisenbahreisenden ist in Gefahr, wenn ein Personenzug vorüberfährt. Auf das traurige Los der Steinbrucharbeiter im Sauerlande werden wir noch näher eingehen, ebenso werden wir noch berichten, wie die Polizeiverordnung über den Verkehr mit Sprengstoffen in dieser Gegend gehandhabt wird.

Berlin. Mit dem 1. April d. J. beginnt für das Berliner Verbandsleben eine neue Epoche. In diesem Tage eröffnet die zu einer Verwaltungsstelle vereinigte Kollegenschaft ihr eigenes Bureau, in dem fortan die Regelung der Verbandsangelegenheiten erfolgen soll. Von hier aus geschieht auch die erste Hilfe bei Tarifverlegungen usw. Für die Abwicklung des Nachrichtenendienstes ist bestens gesorgt. Die Quaffelstippe ist den berüchtigsten Dauerrednern gewachsen und für die Entgegennahme besonders „dringender“ Marmirungen, Anträge, Aufträge und Aufmunterungen ist ein Trommelfellschütz „à la Billow“ vorgesehen. — Das Mobiliar wurde unter großen Opfern von einem Antiquar erstanden. Damit jedoch auch die „Neuere Richtung“ auf ihre Kosten kommt (böse Zungen brachten es fertig, von alten Klamotten zu reden), haben wir einen funkelneuen Drehstuhl erworben, welcher hoffentlich nicht allzu sehr und allzu schnell unter dem Drucke des zeitweise zu sitzender Stellung verurteilten Angestellten leiden wird. — Das Bureau befindet sich in den Räumen der bisherigen Zahlstelle der ehemaligen Filiale II in der Seydelstraße 30 (am Spittelmarkt), zweiter Eingang vom Flur (bitte nicht zu verwechseln mit gleichlautenden Hinweisen), womit Segnern und Anhängern alkoholischer Getränke in gleicher Weise Rechnung getragen ist. Der Ortsverwaltung.

Crailsheim. Die hiesigen Steinmehlen leiden darunter, daß bei den Meistern von auswärtigen wegen Arbeit schriftlich angefragt wird. Viel wurde über diesen Mißstand schon geschrieben, aber immer fröhlichen die Kollegen und umgehen beim Arbeitsanfragen den örtlichen Vertrauensmann. Stehen die Zahlstellenmitglieder in einer Lohnbewegung, dann sagen die Meister: „Wir bekommen von auswärtigen genügend Leute, seht hier die Briefe.“ So geht es uns auch in der hiesigen Zahlstelle. Allerdings wissen auch wir, daß ein verheirateter Steinmehler nur ungern auf Wanderschaft geht, aber wenn er den Unternehmer ein Brief geschrieben wird, so kann auch der Zahlstellenvorsitzenden um Bescheid ersucht werden.

Hasserode. Am 27. Februar legten sämtliche Steinmehlen und Schleifer des Granitwerkes Steinerne Reime die Arbeit nieder, da sie von der Leitung des Werks an der Nase herumgeführt wurde. Eine am Montag, den 1. März, versuchte Einigung scheiterte. Bei der am Sonnabend, den 6. März, von uns angebahnten Verhandlung, an welcher der Gewerbeinspektor Herr Voltmer-Halberstadt teilnahm, kam es zu keiner Einigung. Am 12. März forderte die Direktion die Kollegen auf, die Arbeit wieder aufzunehmen. Die kritischen Positionen im alten Tarif würden geregelt. Die weiteren Tarifverhandlungen sollen am 15. Juni beendet sein. Der beste Erfolg ist aber der, daß der Betriebsleiter, Herr Hoffmann, am Tage vor der Arbeitsaufnahme an die Luft gesetzt wurde; gerade so, wie er es mit vielen Kollegen gemacht hat. Auf die Gründe seiner Entlassung wollen wir nicht weiter eingehen. Die Kollegen sind mit dem erzielten Erfolg zufrieden. Der Verband hat wieder glänzend bewiesen, daß er die größten Schikanen abwehren kann.

Semsbach (Oberrhein). Am 14. März fand unsere Monatsversammlung statt. Der Vorsitzende erklärte, daß eine Gaufkonferenz in diesem Jahre nicht stattfindet. Die Versammlung faßte in dieser Angelegenheit folgende Resolution: „Die heutige Mitgliederversammlung erhebt energisch Protest gegen das Nichtabhalten einer Gaufkonferenz.“ (Wir halten die Gaufkonferenz für sehr notwendig. Red.) Eine lebhafteste Debatte entspann sich beim Punkt Tarifangelegenheiten. Verschiedene Mißstände auf den Plätzen kamen zur Sprache. Von den italienischen Kollegen von Ober-Flodenbach wurde ausgeführt, daß es der Kleinmeister Dison nicht so genau mit der Lohnzahlung nimmt, es ist schon vorgekommen, daß die dort beschäftigten Kollegen etliche hundert Mark an rückständigen Lohn zu bekommen hatten; in diesem Falle möchten wir jedem Kollegen raten, dieses Pumpgeschäfts zu meiden. Eine solche Vertrauensseligkeit ist einfach unbegreiflich. Wenn ein Meister banrott macht, dann haben die Kollegen mit ihrem Erparten das Nachsehen. Nun erinnern sich die Kollegen des Verbands und verlangen Rechtsschutz, um den verkrachten Meister zu verklagen. Aber meistens kann gar nichts mehr gerettet werden. Die Kollegen sind ihre Sparpfennige los, und zum Winter ist die Heimreise dann auch futsch. Aber noch einen andern Nachteil hat das Geldstehlenlassen. Wenn eine Lohnbewegung ausbricht, dann heißt es: Zulage gibt es nicht, ihr habt euch ja soundsvoll eriparen können; die Löhne müssen deshalb nicht schlecht sein. Die Versammelten waren der Meinung, daß die Kollegen bei jeder Zahlungsperiode den letzten Pfennig in Empfang nehmen müssen. — Kollege Weidenhammer ging dann noch auf die Rede des Abgeordneten Zubeil im Reichstage ein und betonte, hier sähe man klipp und klar, daß kein bürgerlicher Abgeordneter den Mut hatte, eine bessere Durchführung der Bundesratsverordnung zu fordern. Die Anwesenden sprachen dem Genossen Zubeil die größte Anerkennung für seine muster-gültige Rede aus.

Nachschrist. Zu der Maßregelung unseres Vertrauensmanns Herr Rith erklärte Weidenhammer einzustellen, aber die Artikel im „Steinarbeiter“ müßten zurückgenommen werden.

Ja Herr Rühl, dies ist doch etwas viel verlangt. Unser Kollege soll also seine Sünden bereuen; dies hat er aber gar nicht nötig, denn sämtliche Geschäftsbereiche war nur wahrheitsgetreu wiedergegeben. Zugleich soll er auch noch beichten, ob er der Verfasser dieser inkriminierten Artikel gewesen ist. Auch hier müssen wir Herrn Rühl erwidern, daß Beichtstühle in den Steinbrüchen und Werkstätten nicht eingeführt werden, denn selbst sind an andern Orten in übermäßig großer Zahl vorhanden. Das Beste für Herrn Rühl würde in Zukunft sein, wenn er seinen Zornausbrüchen eine Grenze setzen würde; auch mit mehr Ueberlegung sollte er handeln, und nicht gleich seine Arbeiter aufs Pflaster werfen, wegen einer ganz geringen Bagatelle, wo er noch nicht einmal persönlich genannt ist. Wir möchten ihm ferner noch raten, die Bundesratsverordnung besser einzuhalten und die großen Mißstände in seinem Betriebe beseitigen, dann wird er in dem „Kruzifixblatt“, wie er unser Verbandsorgan nannte, nicht mehr gerügt werden. Wir hoffen, daß in Zukunft mit Herrn Rühl besser auszukommen sein wird.

Mühlhausen (Elsaß). Auf der Tagesordnung der am 20. März stattgefundenen Mitgliederversammlung stand als 1. Punkt: Der Jahresbericht und die Bewegung im 9. Gau. Kollege Klink legte den Anwesenden nochmals durch Zahlen klar, wie die Bewegung während der Krise vor sich gegangen ist, und wie die Agitation betrieben wurde. Die Gaukonferenz ist in diesem Jahre in Wegfall gekommen, womit sich der Referent nicht einverstanden erklärte. In der Diskussion wurde letzteres ebenfalls kritisiert und beschlossen, einen Antrag an den Gauvorstand zu stellen, daß die Konferenz noch Ende Mai stattfinden soll. Es müsse dort eine Aussprache herbeigeführt werden können, wie sich die Zahlstellen zu verhalten haben, wenn die Verträge ablaufen. Den Kartellbericht gab Kollege Wolf. Bei der Ergänzungswahl wurde an Stelle des Kollegen Wolf, weil dieser jetzt auch Kassierer des Gewerkschaftskartells ist, Kollege Konrad Hauser gewählt. Kollege L. Wolf wurde sodann als 1. und Kollege Karl Heigl, Granitarbeiter, als 2. Schriftführer gewählt. Als 2. Vorsitzender fungiert Kollege M. Riehl. Auf unsern Tarif, den wir den Unternehmern der Granitwerke unterbreiteten, hatten wir Antwort auf den 20. erwartet; diese ist aber ausgeblieben. Es wurde daher eine Kommission beauftragt, am Montag, den 22. d. M., bei diesen vorstellig zu werden, um die Antwort einzuholen. Die reisenden Granitarbeiter möchten dies beachten.

Dörsenburg. Am 13. März fand im Gasthaus zur Rose eine gut besuchte Mitgliederversammlung statt. Auf der Tagesordnung stand: 1. Der Steinarbeiterverband und die Gegenorganisationen; 2. Aufnahme neuer Mitglieder, Mißstände, Geschäftliches; 3. Maifeier und Verschiedenes. Zum 1. Punkt referierte Kollege Braun. Eingangs seines Referats streifte er die Entstehung unsres Verbandes im hiesigen Gebiet. Uebergehend zu den gegnerischen Gewerkschaften nahm er im besonderen den Hirsch-Dunderschen Gewerbeverein unter die Lupe. Auf Grund statistischer Tatsachen führte er den Anwesenden die Leistungen unsres Verbandes sowie die der gegnerischen Verbände vor Augen. Anlaß zu diesem Thema gab eine von den Hirsch-Dunderschen kürzlich hier und in Beonbronn vorgenommene Flugblattverbreitung. Wir können aber den „Hirschen“ garantieren, daß sie hier nichts zu fischen haben. Die jeden Samstag bei Treutle herrschende Reklamation wurde scharf kritisiert und der Beschluß gefaßt, eine Kommission zu wählen, um diese Mißstände zu beseitigen. Es ließen sich darauf neun Kollegen in den Verband aufnehmen, was sehr zu begrüßen ist.

Salzwedel. Einiges über die hiesigen Berufsverhältnisse. Die Firma L. Mettel (Grabsteingehäuse) beschäftigt im Winter 11 bis 12 Steinmetzen, dagegen im Sommer 6 bis 8 Mann, und erhalten alle, ob Sommer oder Winter, einen Stundenlohn von 39 Pf. Nur die beiden ältesten Steinmetzen, welche schon 10 und 12 Jahre bei dieser Firma tätig sind, bekommen 45 Pf. Die Arbeitszeit dauert im Winter so lange, es Tag ist und im Sommer 11 Stunden. Die Bundesratsverordnung hängt wohl aus, aber diese zu befolgen, daran denkt der Meister nicht. Besonders zu kritisieren ist die Behandlung, welche sich die Kollegen gefallen lassen. Da werden die unerhörtesten Ausdrücke gebraucht. Bedauerlich ist es, daß in Salzwedel unser Verband nicht festen Fuß fassen kann. Hoffentlich beachten die reisenden Kollegen diese Darlegungen.

Wartau II. Eine gutbesuchte Brecherverammlung tagte am 14. März im Gasthof zum Steinberg. Sie beschäftigte sich in der Hauptsache mit dem neu abzuschließenden Vohntarif. Die Unternehmer hatten den Tarif gekündigt und eine Anzahl Positionen herausgezogen, in welchen nach ihrer Ansicht eine Klarstellung herbeigeführt werden mußte. Durch mehrere Verhandlungen wurde erreicht, daß einige geplante Veränderungen ganz fallen gelassen wurden, und nur in der Position betr. des ersten Stofes eine Aenderung eintrat. Die Kommission legte den Tarif mit den betreffenden Aenderungen der Versammlung vor. Nach lebhafter Debatte wurde beschlossen, den Tarif in der vorgetragenen Form auf ein weiteres Jahr anzunehmen. Zu bemerken ist noch, daß zurzeit bei den großen Firmen Zeidler und Wimmel nur einige, bei der Firma Schilling gar keine Brecher mehr beschäftigt werden. Bei letztgenannter Firma erhielten am 13. März sämtliche Brecher ihre Entlassung. Es mag ja zugegeben werden, daß gerade die Firma Schilling jetzt vollständig ohne Arbeit ist. Aber es ist bei den Brechern doch ein andres Verhältnis, als wie bei den Steinmetzen. Diese Kategorie von Arbeitern ist nicht so leicht in der Lage, sich in ihrem Faße Arbeit zu suchen, da sie meist ansässig sind, und in jedem Bruch die Steingewinnung eine andre ist. Die Firma Schilling hätte ruhig die paar Brecher, die schon Jahre dort in Arbeit stehen, weiter beschäftigen können. Wenn auch in den Brüchen jetzt noch etliche Kubikmeter Steine Vorrat vorhanden sind, so spielt dieses in diesen Tiefenbetrieben keine Rolle. Innerhalb eines Jahres sind bei flottem Geschäftsgang die Reserven verbraucht. Schon aus diesem Grunde war es nicht angebracht, sämtliche Leute zu entlassen. Aus den hier geschilderten Verhältnissen ist ersichtlich, daß keine Arbeit für Brecher vorhanden ist. Es wird daher erlucht, daß jeder um Arbeit nachfragende Brecher sich erst beim Vorsitzenden Vorsteher zu melden hat. Er wird dann die nötige Auskunft erhalten.

Nicht Verkümmern, sondern Ausbau der Arbeiterversicherung.

Das Reichsamt des Innern bereitet gegenwärtig eine Reform der Arbeiterversicherungsgesetze vor. Eine Reform, deren angeblicher Zweck in der Vereinfachung und Verbilligung der staatlichen Versicherung bestehen soll, die aber tatsächlich darauf hinausläuft, den Arbeitern das Selbstverwaltungsrecht in den Krankenkassen zu nehmen und im übrigen einen wirklichen Ausbau der Arbeiterversicherung hintanzuhalten.

Die Verdächtigungen der Ortskrankenkassen als Institute, an denen sich die sozialdemokratischen Parteiführer „mästen“, haben bei den in Frage kommenden Reichsbehörden ein williges Ohr gefunden. Freilich, diese heimlichen Verdächtigungen, mit denen insbesondere der Reichsverband gegen die Sozialdemokratie wider das Selbstverwaltungsrecht der Ortskrankenkassen treiben ging, waren kein tatsächliches Material. Das Material sollte die im Oktober 1908 stattgefundenen Konferenzen im Reichsamt des Innern liefern, wo Unternehmer- und Arbeitervertreter aus den Krankenkassen vernommen wurden. Aber die politischen Arbeiterfeinde erlitten hier eine schmachliche Niederlage.

Das sehnlichst erwartete Material gegen das Selbstverwaltungsrecht der Ortskrankenkassen blieb aus: die Unternehmer hatten feins. Ja, die Unternehmer stimmten in jener Konferenz sogar soweit mit den Arbeitern überein, daß sie den seitens des Reichsamts des Innern für die kommende Reform vorgeschlagenen „unparteiischen Vorsitzenden der Ortskrankenkassen“ ablehnten. Dieser „unparteiische Vorsitzende“ sollte geschaffen werden, wenn die Unternehmer nicht, wie bisher, ein Drittel, sondern die Hälfte der Kassenbeiträge übernehmen würden. Der angebliche politische Mißbrauch der Ortskrankenkassen hatte sich als ein leeres Phantasiegebilde herausgestellt; die Arbeiterfeinde waren elend blamiert! Selbst der stellvertretende Vorsitzende des Vereins deutscher Arbeitgeberverbände, Kommerzienrat Mendt, mußte in Nr. 48 von 1908 der „Deutschen Arbeitgeber-Zeitung“ konstatieren, daß in jener Konferenz für die gegen die Leitungen der Ortskrankenkassen erhobenen Anklagen keine Beweise beigebracht werden konnten. Kommerzienrat Mendt bringt in der genannten Zeitung auch zum Ausdruck, daß ihm der heutige Zustand lieber sei, als eine „Herrschaft der Bureaucraten“ in den Ortskrankenkassen. Man sollte meinen, daß damit die Attacke, die das Reichsamt des Innern gegen das Selbstverwaltungsrecht der Ortskrankenkassen liefern wollte, zurückgewiesen sei. Aber die Arbeiter werden gut tun, sich nicht in Sicherheit zu wiegen. Nicht das Selbstverwaltungsrecht der Arbeiter darf beseitigt werden, sondern mit der Zersplitterung der Versicherungsorganisation (Ortskrankenkassen der verschiedenen Berufe, Betriebs- und Innungskassen, Gemeindefrankenversicherung) muß aufgeräumt werden. Wir brauchen eine Zentralisation, d. h. für größere Bezirke eine leistungsfähige Kasse.

Notwendig ist ferner die Ausdehnung der Krankenversicherung auf die Arbeiter und Angestellten aller Kategorien. Zu beseitigen ist die Grenze der Versicherungsspflicht bei 2000 Mk. Arbeitsverdienst. Zu erhöhen sind die Mindestleistungen, die heute keineswegs ausreichen, dem erkrankten Arbeiter und seiner Familie auch nur das Nötigste zu gewähren. So muß die Reform der Krankenversicherung ausfallen, wenn bei den bürgerlichen Parteien und der Regierung die soziale Gefinnung echt wäre, mit der sie prunken!

Die Unfallversicherung erstreckt sich auch nicht auf alle Arbeiterkategorien. Die Verwaltung liegt in den Händen der Berufsgenossenschaften, in denen die Unternehmer allmächtig sind; kein Arbeiter hat hier etwas zu sagen. Die Ansprüche der Versicherten beruhen nicht auf geleisteten Beiträgen, sondern auf der Versicherungsspflicht. Infolgedessen darf auch das Recht der Verwaltung nicht an die Beitragszahlung geknüpft, sondern muß den Versicherten überlassen werden. Die Kosten der Unfallversicherung werden zwar formal von dem Unternehmer getragen, tatsächlich aber doch von den Ertragsmitteln der Arbeit jener gedeckt, die in den Betrieben beschäftigt sind. Daher gebührt der Arbeitern das Selbstverwaltungsrecht, zum mindesten aber das paritätische Mitbestimmungsrecht. Dabei wollen die Unternehmer jedoch nichts wissen. Sie glauben, wenn die Arbeiter, wie in den Schiedsgerichten für Arbeiterversicherung, so auch in den Berufsgenossenschaften ein Wortlein hineinreden, daß dann die Rentenkauferei nicht so weitergeht, und dann die Kosten der Unfallversicherung wachsen würden. Die Arbeiter werden aber unbedingt an ihrem Standpunkt festhalten und ebenso entschieden dafür eintreten, daß die Leistungen der Unfallversicherung erhöht werden.

Im Vordergrund der Erörterungen hat in letzter Zeit aus mancherlei Gründen das Invalidenversicherungsgesetz gestanden. Bekannt ist, daß das Reichsamt des Innern mit einer großen Energie bestrebt ist, die Bewilligung der Invalidenrenten seitens der zuständigen Organe, möglichst einzuschränken. Die Rentenbewilligungen waren von 174 508 im Jahre 1903 auf 134 057 im Jahre 1906 zurückgegangen! Da war kolossal „gequert“ worden. Inzwischen sind nun die Bestimmungen der Kaufmännischen und technischen Angestellten auf eine angemessene Alters-, Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung fester hervorgetreten. Die bürgerlichen Parteien und die Regierung, welche bisher den Privatangestellten nicht einmal die heutigen Versicherungsgeetze voll zugute kommen ließen, spielen nun mit dem Gedanken, für diese Angestellten eine besondere Pensionsversicherung zu schaffen. Ob etwas daraus wird, was die Angestellten auch befriedigt, ist zum mindesten sehr zweifelhaft, aber man will hier eine Zersplitterung, und zwar aus politischen und finanziellen Gründen. Einen durchgreifenden Ausbau der Invalidenversicherung möchten sowohl die bürgerlichen Parteien als auch die Regierung aus „Sparfahndungsgründen“ umgehen. Aber man möchte auch die unzufriedenen Angestellten, denen man so gut wie jeden gesetzlichen Schutz vor grenzenloser Ausbeutung durch die Unternehmer verweigert, nicht direkt in das Lager der Sozialdemokratie jagen. Und so sucht man sie mit einer Sonderversicherung zu locken, womit man eine Scheidewand zwischen Angestellten und Arbeitern aufrichten zu können glaubt. Von solchen unsozialen Beweggründen wird die deutsche Sozialpolitik beherrscht. Die Alters- und Invalidenrenten, die nach dem heutigen Invalidenversicherungsgesetz an die Rentenberechtigten gezahlt werden, betragen im Durchschnitt jährlich rund 168 Mk. Die Arbeiter müssen mit aller Kraft dafür agitieren, daß an Stelle dieser geringfügigen Almosenrenten wesentlich höhere Versicherungsleistungen treten, — nicht nur für die Privatangestellten, sondern für die Arbeiter aller Kategorien.

Als im Jahre 1902 das deutsche Volk mit drückenden Zollerhöhungen belastet wurde, beschloß der Reichstag, daß ein Teil der höheren Pölle zur Erleichterung der Durchführung einer Witwen- und Waisenversorgung zu verwenden sei. Die hohen Pölle sind in Kraft getreten, für die Witwen- und Waisenversorgung aber ist nicht soviel übrig geblieben, daß davon auch nur eine kümmerliche, geschweige denn eine angemessene Fürsorge durchgeführt werden könnte. Die Arbeiter aber wünschen eine Hinterbliebenenfürsorge mindestens in dem Maße, wie sie das Gewerbeunfallversicherungsgesetz gewährt. An der Durchführbarkeit dieser Versicherung ist kein Zweifel; sie ist ohne Einführung irgendwelcher neuer Steuern schon dann möglich, wenn der unsinnigen Verschwendung für militärische Zwecke Einhalt getan wird.

Die Arbeitslosenversicherung wollen wir nicht in dem Rahmen der heutigen Arbeiterversicherungsgesetze verwirklicht wissen. Für ihre Eigenart müssen in organisatorischer Beziehung andere Gesichtspunkte maßgebend sein; ihre Grundlagentheorien sollen die Gewerkschaften sein, an deren Mitglieder zur Arbeitslosenunterstützung staatliche Zuschüsse zu leisten sind. Sie soll aber hierbei mitbewährt werden, um über die berechtigten Ansprüche der Arbeiterschaft hinsichtlich der staatlichen Versicherung ein genaueres Bild zu geben. Dabei muß darauf hingewiesen werden, daß man in verschiedenen Nachbarstaaten mit der Arbeitslosenversicherung aus Staats- oder Gemeindegeldern viel weiter ist, als in Deutschland; wenn auch zugegeben werden muß, daß sie auch dort zu wünschen übrig läßt.

Wir haben vorstehend in großen Zügen ein Bild der Wünsche entworfen, die die deutsche Arbeiterschaft an das staatliche Versicherungswesen zu stellen hat. Möge die Arbeiterschaft durch unausgesetzte Agitation ihren Forderungen kräftigsten Nachdruck verleihen.

Rundschau.

Zulassung der Arbeitersekretäre vor Gericht. Die Arbeitersekretariate der freien Gewerkschaften haben dem Reichstag eine Petition unterbreitet, in der darum gebeten wird, Arbeitersekretäre zur mündlichen Verhandlung vor Gericht zuzulassen. In der Begründung wird darauf hingewiesen, daß zahlreiche Arbeiter infolge mangelhafter Schulbildung nicht befähigt sind, alles so zu Papier

zu bringen, wie es zu einer verständlichen Sachdarstellung nötig erscheint. Diese Verhältnisse zwingen vielfach Arbeiter, sich an Winkeladvokaten zu wenden, deren Rechtsverständnis meist sehr zweifelhafter Natur ist, ganz abgesehen davon, daß dadurch auch Kosten entstehen. Es wird dann darauf hingewiesen, daß eine Anzahl Gewerbegebiete Arbeitersekretäre als Vertreter grundsätzlich zuzulassen.

Staatliche Unterstützung der Arbeitsnachweisverbände. Die Reichsregierung soll entsprechend den im Reichstag geäußerten Wünschen beschließen, den Arbeitsnachweisverbänden finanzielle Unterstützungen zu gewähren, soweit disponible Mittel im Etat vorhanden sind. Von den zu sammelnden Erfahrungen soll es dann abhängen, ob im nächsten Etat ein besondrer fester Posten für solche Unterstützungen eingelegt werden wird.

Neue fremde Ansichten für das europäische Unternehmertum eröffnen sich durch die Erschließung der Türkei. Am Tunnelbau der Lötschbergbahn (Schweiz), deren Ausführung eine französische Gesellschaft übernommen hatte, wurden zunächst italienische Arbeiter aus Norditalien eingestellt. Diese wurden zu anspruchsvoll und man löste sie ab durch Calabresen und Sizilianer. Aber auch diese Leute konnten trotz ihrer großen Bedürfnislosigkeit mit den geringen Löhnen nicht auskommen, und so kamen die französischen Unternehmer auf eine neue Idee, sie suchten in der Türkei. Wie der Berner Tagwacht mitgeteilt wird, haben sie damit schon Erfolg gehabt, es sind bereits vor einigen Tagen am Lötschberg ungefähr 50 Arbeiter aus der Türkei angekommen. Weitere Transporte sollen folgen.

Riesengewinn und doch Lohnminderung. Die Baumwollspinnerei und Weberei Hof hat 25 Proz. Dividende an die Aktionäre verteilt. Wenige Stunden nach der Beschlußfassung über die Verteilung des Riesengewinnes kündigte man den Arbeitern eine Lohnminderung von durchschnittlich 20 Proz. an. Die einmütige Erhebung der Arbeiter hat die Ausführung der unverschämten Ankündigung verhindert.

Krisis und Eisenbahnverkehr. Der Einnahmeausfall der Reichseisenbahnen in Elsaß-Lothringen in den Monaten April 1908 bis Ende Februar 1909 beträgt nicht weniger als 4 667 000 Mark. Im Monat Februar 1909 betrug die Betriebseinnahme 8 521 000 Mark, das ist um 410 000 Mark niedriger als im Jahre 1908. In dem diesjährigen Februar wurden 225 504 Tonnen Güter weniger befördert als im Februar des Vorjahres.

Die Christlichen unter sich. Sehr oft liest man in der schwarzen Gewerkschaftspresse, daß die den Zentralverbänden angehörenden Mitglieder in ihrer Sprech- und Schreibweise einen rüden Ton anzunehmen belieben. Diese Behauptung ist natürlich bloß eitle Glanzerei unsrer christlichen Gegner. — Die sich aber die christlich organisierten Arbeiter gegenseitig mißhandeln, war im „Korrespondenzblatt“ Nr. 4 (Organ der katholischen Fachabteilung) zu lesen:

Die Vereinigung (gemeint ist der Mayener Lokalverein der Steinarbeiter) als solche hat sich dem Gesamtverband der Christlichen angeschlossen, um eben — einen einigermaßen anständigen Namen zu haben, um irgendeinem Herrn in leitender Stellung hier in Mayen einen Gefallen zu erweisen wofür sie auch ein hübsches Dankschreiben erhalten hat.

Ueber dieses Wohlwollen ist die christliche „Keram- und Steinarbeiterzeitung“ so — erbaut, daß sie dem Organ der katholischen Fachabteilung folgendes ins Stammbuch schreibt:

Das Verhalten zeigt uns, daß sie nur das Wort katholisch mißbrauchen, denn ihre Handlungsweise gegen katholische Mitbrüder, die den christlichen Gewerkschaften angehören, gleicht dem Parisier, wie es in der heiligen Schrift heißt: „Herr, ich danke dir, daß ich nicht so bin wie andre Leute, auch nicht wie diese christlichen Steinarbeiter dort.“ Wir meinen, diese beiden Richtungen haben sich wirklich gegenseitig nichts vorzuwerfen. Das Anerkennungs schreiben, das an die Mayener Steinarbeiter gerichtet war, ist vom Bürgermeister Dr. Pöhl verfaßt. In Protektion fehlt es also den lieben Freunden im schwarzen Lager nicht. Ergötzlich ist es aber, wie sie sich gegenseitig moralisch abschlagen.

Die Steinindustrie im Odenwald. Der Handelskammerbezirk Darmstadt umfaßt die heffischen Kreise Bensheim, Heppenheim, Erbach und Groß-Gerau, welche von einer starken Granitindustrie durchsetzt sind. Im Bericht wird gesagt: Die Granit- und Speinitindustrie war im Vorjahre immerhin befriedigend beschäftigt. Die Preise für Rohmaterialien und die Arbeitslöhne sind 1907 gegenüber nicht — gestiegen. Die gesamte Arbeiterzahl konnte ohne Einschränkung beschäftigt werden. Dann wird moniert, daß eine starke Künstlergruppe gegen die hierdurch die fabrikmäßige Herstellung von Grabdenkmälern überhaupt verhindert werden. (Nun, so gefährlich kann das Bestreben dieser Künstlergruppe nicht werden, über die Materie selbst haben wir uns in den Nummern 4 und 9 des „Steinarbeiters“ eingehend geäußert. Redaktion.) Der Bericht klagt allerdings, daß in der Sandsteinindustrie der Geschäftsgang flau ging. — Der Granitwerkbesitzer Kreuzer schied aus dem Vorstand der Handelskammer aus.

Große Steinslieferung. In Bälde wird mit dem Bau des Friedenspalastes im Haag begonnen. Es kommt hierzu Sandsteinmaterial aus Obernkirchen (Grafschaft Schaumburg) zur Verwendung. Im ganzen werden 2000 Kubikmeter Sandstein nötig sein. Ob die Arbeiten gleich in Obernkirchen selbst fertiggestellt werden, konnten wir leider nicht erfahren.

Arbeitswillige vor. Die vereinigten Steinmetzmeister von Breslau suchen im „Deutschen Steinbildhauer“ Arbeitswillige. Besonders willkommen sind Steinmetzen, Schriftföhrer und Marmorarbeiter. Wir hoffen, daß sich kein Steinarbeiter zum Arbeitswilligen hergibt. Unsr Breslauer Verbandsmitglieder stehen seit 14 Tagen im Kampfe. Hoffentlich steht der Sieg auf unsrer Seite.

Der billige Jakob. Zwei nette Submissionsblüten veröffentlicht „Der deutsche Steinbildhauer“: Zu den nötigen Granitarbeiten für eine Rixdorfer Gemeindefchule verlangte eine sächsische Firma 8050.66 Mark, eine andre Firma aus Sachsen 17 471.80 Mark; Differenz über 100 Prozent. Saubere Rechner, nicht wahr?

Aber weiter. Zu den Erweiterungsbauten des Düsseldorf Postamts II wurden für die Sandsteinarbeiten folgende Offerten abgegeben: eine Stuttgarter Firma forderte 16 170 Mk., eine Firma an der Ruhr forderte 32 805 Mk., eine Firma aus der Pfalz forderte 16 750 Mk., eine weitere Firma an der Ruhr forderte 31 525 Mk.

Wenn auch das württembergische und das pfälzische Material weicher sein mag wie Ruhrsandstein, so kommt doch die weite Fracht in Betracht. Deshalb sind auch diese Angebote unverständlich.

Der Steinbruch der Stadt Leipzig. Die Stadt Leipzig betreibt in Grassdorf einen Steinbruch von ziemlicher Bedeutung. Es wurden im Jahre 1908 laut Verwaltungsbericht hergestellt: 29 Kubikmeter rohe Pflastersteine, 19 466 Kubikmeter Pflaster- und Schlagsteine, 1746 Quadratmeter boffierte Pflastersteine 2. Klasse, 412 Stüd Grenzsteine, 5100,51 Kubikmeter einfacher Anschlag, 10 387,84 Kubikmeter Anschlag und 1959,89 Kubikmeter Steineabfall.

Der durchschnittliche Tagesverdienst stellte sich: für die Postierer auf 5.10 Mark, für die Brecher auf 4.93 Mark, für die Steinschläger auf 3.03 Mark. Das ergibt einen Jahresdurch-

Schnittverdienst von: 1530 Mark für die Vossler und 1479 Mark für die Breder. Das Tiefbauamt beabsichtigt, eine Vergrößerung des Steinbruchs vorzunehmen.

Kriegervereine und Gewerkschaften. Das amtliche Organ des Deutschen Kriegerbundes Parole stellt in einem Leitartikel die Behauptung auf, daß es mit der Vertretung der Arbeiterinteressen in den freien Gewerkschaften „recht windig“ aussehe, weil sie 41,4 Prozent ihrer Einnahmen für Verwaltungskosten ausgaben. Die, er durchsichtigen Verdächtigung gegenüber ist festzustellen, daß von den 43 Millionen Mark Gesamtausgaben der freien Gewerkschaften im Jahre 1907 auf persönliche Verwaltungskosten 691 753 Mk. und auf Verwaltungsmaterial 780 358 Mk. entfallen. Also kommen nicht 41,4, sondern knapp 3 Prozent aller Ausgaben auf das Konto der Verwaltungskosten. Bei dieser Berechnung sind selbstverständlich die rein sachlichen Ausgaben für Verbandsorgane, Stellenvermittlung, Bibliotheken, Unterrichtskurse, Statistiken, Agitation, Prozeßkosten usw. nicht mit eingerechnet, weil dieselben beinahe ausnahmslos den Mitgliedern wieder direkt zugute kommen.

Die national-gerbe Scharfmacherpolitik erleidet ein klägliches Fiasko nach dem andern. Unlängst haben in Berlin und Augsburg die gelben Zwangsmitglieder, denen durch die Briefe ihres Führers Lebus ein Blick in den Sumpf, in dem sie stecken, ermöglicht worden ist, offen rebelliert. Jetzt kündigt sich bereits wieder eine neue Niederlage für die gelben Streikführerprotektoren an in dem Bankrott der Crimmitschauer Nationalen Volkszeitung, die am 31. März 1909 ihre traurige Tätigkeit einstellen wird. Das Crimmitschauer Unternehmertum, das tief, sehr tief in den Beutel hat greifen müssen, ist weiterer Opfer und Blamagen müde, die ihm das Blatt in reichstem Maße beschert hat. Dem „Redakteur“ des sehr zusammengeschrumpten Gehorgans ist schon gekündigt worden.

Der Arbeitsmarkt im Monat Februar 1909. Der Arbeitsmarkt zeigte im Monat Februar kein einheitliches Bild. Das anhaltend kalte Wetter hielt in einer Reihe von Großindustrien eine Belegung hinten. So waren vor allem das Baugewerbe und die von ihm abhängigen Gewerkszweige nach wie vor schlecht beschäftigt. Auch im Ruhrkohlengebiet war die Lage unverändert schlecht. Teilweise traten noch weitere Abschwächungen ein. Das Stillliegen der Schifffahrt wirkte lähmend auf den Absatz. Ebenso war in der Metallindustrie keine Besserung zu bemerken, wenn auch die rückläufige Bewegung im allgemeinen zum Stillstande gekommen zu sein scheint. Andererseits machten sich die Einflüsse der beginnenden Frühjahrssaison in einer Reihe von Industrien lebend geltend, so in der Kleider- und Wäschekonfektion und in der Hutindustrie. Jedoch ist zu bemerken, daß vielfach die Steigerung der Beschäftigung schwächer war als im Vorjahre. Schlechter als im Vormonate war das Berliner Braugewerbe beschäftigt, während die bayerischen Brauereien nach wie vor hinreichend zu tun hatten. Die Binnenschifffahrt lag, wie im Januar, so gut wie völlig darnieder. Auf dem Rhein sowohl wie auf dem Neckar und der Elbe fanden Schiffsbewegungen nur in ganz geringem Umfange statt.

Daß eine irgendwie erhebliche Besserung des Beschäftigungsgrades noch nicht eingetreten ist, geht auch aus den Nachweisungen der an das Kaiserliche Statistische Amt berichtenden Krankenkassen hervor. Am 1. März 1909 ergab sich gegen den 1. Februar 1909 eine geringe Zunahme der Beschäftigtenziffer um insgesamt 6544 Mitglieder. Dabei war bei den männlichen Mitgliedern eine Abnahme um 4240, bei den weiblichen eine Zunahme um 10 784 Personen zu verzeichnen. Im Vorjahre zeigte sich am 1. März gegen den 1. Februar eine Zunahme um 58 789 Mitglieder, und zwar um 49 001 männliche und 9788 weibliche Personen.

Die Vermittlungsergebnisse der Arbeitsnachweise geben ein ähnliches Bild, wie es die vorstehenden Zahlen bieten.

Die Verkehrseinnahmen aus dem Güterverkehr deutscher Eisenbahnen waren im Februar 1909 um 7 661 165 Mark niedriger als im gleichen Monate des Vorjahrs; es bedeutet das eine Mindereinnahme von 194 Mark oder 7,65 Prozent auf 1 Kilometer. Hierbei ist jedoch zu berücksichtigen, daß der Februar 1909 einen Tag weniger zählte als im Vorjahre.

Neue gewerkschaftliche Nachrichten. Die organisierten Arbeiter in der Stadt Oldenburg sind ausgesperrt worden. — Im Schneidergewerbe in Hannover ist der Tarif außer Kurs. Mit dem 15. März war der Tarif abgelaufen, und ein neuer ist noch nicht vereinbart. Die Unternehmer stehen nämlich auf dem Standpunkt, daß sie einige billige und gerechte Forderungen der Arbeiter nie und nimmer erfüllen könnten, und setzen ein kategorisches Nein dagegen. Schließlich befehlern sich die Unternehmer und so finden noch gemeinsame Verhandlungen statt. — Die Steingutfabrik von C. u. E. Carstens in Elmshorn hatte ihre Arbeiter davon in Kenntnis gesetzt, daß eine zehnprozentige Lohnrückbildung notwendig geworden sei. Mit 122 gegen 2 Stimmen haben die Arbeiter beschlossen, sich dieser Anordnung nicht zu fügen. Der Arbeiterausschuß wurde beauftragt, mit der Firma in Unterhandlungen einzutreten. Wenn es nicht zu einer Einigung kommen sollte, wird mit einer ArbeitsEinstellung zu rechnen sein. Carstens ist freiwilliger Reichstagsabgeordneter. — Ein Streik der Glasarbeiter ist in Meisenthal in Lothringen in der Glasfabrik ausgebrochen. 450 — meist unorganisierte — Arbeiter und Arbeiterinnen streiken. — Die Aufsperrung der Parkettbodenleger in Straßburg i. Elz. ist beendet. — Die Schneidergehilfen von Minden i. Westf. haben nachdem vor vierzehn Tagen an die Unternehmer das Ersuchen ergangen war, in Verhandlungen über einen Lohnvertrag einzutreten (welches Ersuchen aber gar nicht beantwortet wurde), am Sonntag beschlossen, den Kampf aufzunehmen. 89 Kollegen haben am Montag die Kündigung eingereicht. Die Lohnverhältnisse in Minden sind die denkbar schlechtesten.

Katechismusfragen. Der Schweizer Pfarrer und Sozialdemokrat Pflüger hat einen Katechismus für Arbeiterkinder verfaßt, in dem sich über die Arbeitslosigkeit und Ueberproduktion folgende Fragen und Antworten finden:

1. Wer sind die Arbeitslosen?
Arbeitslose heißen diejenigen, die arbeiten wollen, aber nirgends Arbeit und Verdienst finden und darum in Not und Elend geraten.
2. Warum finden manche Lohnarbeiter keine Arbeit?
Weil die Arbeitgeber die Produktion (Herstellung von Waren) oft einschränken und einen Teil ihrer Arbeiter entlassen.
3. Warum entlassen oftmals Arbeitgeber einen Teil ihrer Arbeiter?
Weil die hergestellten Waren sich anhäufen und der Arbeitgeber diese Vorräte nicht leicht verkaufen kann.
4. Warum werden also viele Arbeiter arbeits- und brotlos?
Weil so viele Vorräte da sind! Infolge des vorhandenen Ueberflusses (der sogenannten Ueberproduktion).
5. War das immer so?
Nein, in früheren Zeiten hungerten die Armen, weil zu wenig da war; erst in neuerer Zeit darben manche Leute, weil zu viel da ist. Wie unfinnig ist es doch, daß Menschen infolge Ueberflusses an Vorräten brotlos werden!

6. Sind denn wirklich mehr Waren vorhanden, als das Volk gebrauchen kann?

Nein, das Volk könnte die aufgespeicherten Warenvorräte gut brauchen; du und ich haben noch allerlei Bedürfnisse, die wir gern befriedigen würden.

7. Warum kaufen die Leute nicht mehr ein?
Weil die meisten Leute zu wenig Geld haben, um mehr einzukaufen zu können.

8. Warum haben die meisten Leute zu wenig Geld?
Weil sie einen geringen Lohn bekommen.

9. Welche Folgen haben also geringe Löhne?
Die Arbeiter können bei geringen Löhnen nur wenig ausgeben; die Waren finden darum geringen Absatz und häufen sich in den Magazinen der Fabrikanen und Geschäftsleute auf. Daraufhin schränken die Unternehmer die Produktion ein; viele Arbeiter werden aus den Geschäften entlassen und sind arbeits- und brotlos.

10. Was verhütet also die gefährdete Arbeitslosigkeit?
Hohe Löhne verhüten die Arbeitslosigkeit.

Tödlich verunglückt. In Sammelbach i. Odenw. wurde der Steinbrucharbeiter Trautmann ein Opfer seines Berufs. Durch die Wirkung der Sonnenstrahlen löste sich im Steinbruch ein Stein los und traf den in der Nähe befindlichen Trautmann, so daß dieser bewußtlos zusammensank. Er sollte nach Heidelberg verbracht werden, starb aber unterwegs an den inneren Verletzungen.

An die Schriftführer und Mitarbeiter des Fachblattes.

1. Beschreibe das Papier bloß auf einer Seite. Die Schriftzeilen sind weit auseinander zu halten.
2. Gehe den Berichtsbericht am Tage nach der Versammlung schon an die Redaktion ein, schreibe aber, sobald es sich um Kritiken handelt, nur dasjenige, was vor Gericht jederzeit bewiesen werden kann.
3. Wird ein gediegenes Referat gehalten, dann kann der Bericht in der Fachzeitung auch etwas ausführlicher sein.
4. Wird ein Tarif abgeschlossen, so sind die wichtigsten Bestimmungen im Fachblatt zu publizieren; insbesondere ist in Zahlen auszudrücken, welche Lohnzulage erreicht wurde.
5. Ueber Gewerbegerichtsentscheidungen, die unsre Berufsgenossen interessieren, ist schnellstens an die Redaktion zu berichten.
6. Hat ein Kollege das Zeug, selbständige Artikel zu schreiben, so fasse er sich kurz und bündig, jede unnötige Einleitung ist wegzulassen. Ein Artikel, der mehr als 10—15 Seiten im Manuskript oder zwei Spalten in der Zeitung enthält, wird von den Mitgliedern nicht mehr mit dem nötigen Interesse gelesen.

Literarisches.

Von der Neuen Zeit (Stuttgart, Paul Singer) ist soeben das 25. Heft des 27. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Der Fall Frenzel. — Die verdorbene Suppe. (Das Fazit der Asewaffäre.) Von R. Trostky. — Die landwirtschaftlichen Arbeiter und die Aufgaben der Landarbeitergewerkschaft. Von A. Hofer (Groß-Staigirren). — Eine Reform unserer Ernährung? Von Dr. med. A. Lipschütz. — Literarische Rundschau: Dr. Ernst Hornes, Die Kirche und die politischen Parteien. Von E. Vogtherr. — Zeitschriftenchau.

Feuilleton der Neuen Zeit Nr. 15: Philosophieren und Philosophie. Von Fr. Mehring. Die Entwicklung des Weltalls. Von Anton Pannkoek. Dissecti membra poetae. Von Diefenbach. — Bühnenschau: Zu Märten, Bergarbeiter. Joh. Jörgensen, J. R. Huzsmans. Theodor Fontane, E. Multera. Gabriele Reuter, Liselotte von Redling. — Leseblätter: Der neueste Hauptroman. Eine Befruchtung.

Die Neue Zeit erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Kolporteurs zum Preise von 3,25 Mark pro Quartal zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abonniert werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pfennige.

Probenummern stehen jederzeit zur Verfügung.

Arbeiter-Jugend. Aus dem Inhalt der soeben erschienenen Nr. 5 heben wir hervor: Dir hilft kein Gott, Du mußt Dir selber helfen. Ein Mahnwort an die Schulentlassenen. Von Brand. — Technik und Kultur. Von Richard Wolbt. — Gegen die Schundliteratur! — Der junge Goethe (Schluß). Von Dr. Wilhelm Hauenstein. — Die jugendlichen Arbeiter und die Gewerkeordnung. — Aus der deutschen Jugendbewegung (Württemberg, Bremen, Konferenz in Jena). — Soziale Rundschau, Vom Kriegsschauplatz usw. — Beilage: Der kleine Rotkopf. Erzählung von Hammerdorff. — Spähen im Winter. Gedicht. — Der Königsleutnant (Schluß). Von Goethe. — Sprüche von Goethe. — Die geklickte Hofe. Von Prof. Förster. — Unterricht im Sozialismus. Gedicht von Leopold Jacoby.

Kollegen! Agitiert für Eure Organisation!

Allgemeine Bekanntmachungen.

Kiel. Der Kollege Hermann Ziemann, geboren den 27. Juli 1887, hat sein Buch nebst Reisekarte verloren. Vor Mißbrauch wird gewarnt. Albert Lehmann, Bork, Klosterstr. 12, I.

Adressen-Änderungen.

Braunschweig. Kass.: B. Hagemann, Wilhelmstr. 58, S. I.
Plauen. Vork.: Richard Renz, Scheffelstr. 9, III.

Quittung.

Eingegangene Gelder vom 15. bis mit 20. März.
(Die vor den Zahlen stehenden Buchstaben bedeuten: B. = Beitragsmarken, E. = Eintrittsmarken, K. = Kranken- und Erwerbslosenmarken, M. = Material, Ab. = Abonnement, Ins. = Inserate, X. = Extrasteuer.)

Kirchhaußen, B. 336. — K. 2,80; Kirchberg, B. 168. — E. 5. — K. 26,10; Sonderburg, B. 9,50; Lübecke, B. 9,35; Blomberg, B. 2,50; Wittenburg, B. 3,10; Eitelstadt, B. 39,10, K. 5. — Kiel, B. 276. — K. 20. — M. 1. —; Marktbreit, B. 26,22, K. 4,20, X. 2. —; Niensteinen, B. 5. —; Ranslau, B. 5,50; Meischebe, K. 0,80; Glibing, B. 3,20; Obermendig, B. 5. —; Hambura (Diedrich) Ins. 19,45; Fehenschlag, K. 10. —; Randesacker, B. 16,10, K. 0,80, X. 3. —; Wolfshagen, B. 168. —, E. 1,50, K. 10,40, M. 2,75; Kleinrindersfeld, B. 222,04, K. 10. —; Hoof, B. 6,90, K. —,60; Gohmannsdorf, B. 74. —; Paderborn, B. 1,65; Ludau, B. 1,05; Sonderhaußen, B. 4,95; Brünninghaußen, B. 3,15; Leipzig (Matthes), K. 0,60; Hauzenberg, B. 1,68, E. 3,75.

Ludwig Geiß, Kassierer.

Briefkasten.

Mannheim. Wir lehnen prinzipiell solche Gratulationen ab. Der Jubilar kann in der nächsten Verammlung dementipredend geehrt werden. Besten Gruß. — G. M. Der Bericht wird sehr gerne veröffentlicht. Viele Grüße. — Hornschier. Sehr gefreut. — Buscha, Ed. Kein. — U. G. Wir kennen den finanziellen Stand der Kasse nicht. Der § 25 für eingeklebene Hilfsklassen

lautet: „Die Kasse hat einen Reservefonds im Mindestbetrage der durchschnittlichen Jahresausgabe der letzten fünf Rechnungsjahre anzufammeln und erforderlichenfalls bis zu dieser Höhe zu ergänzen.“

Anzeigen.

(Bei Inseraten von Arbeitsangeboten übernimmt die Redaktion keine Gewähr über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse. Es ist Sache der Arbeituchenden, sich über die einschlägigen Berufsverhältnisse schriftlich zu erkundigen.)

Berlin I.

Sonntag, den 4. April, vormittags 10 Uhr
Generalversammlung
in den Arminhallen, Kommandantenstr. 58/59.

Tagesordnung:
1. Jahresbericht des Vorstandes. — 2. Diskussion. — 3. Wahl der Sektionsleitung.

Mitgliedsbuch legitimiert.
Zahlreiches Erscheinen erwartet Die Ortsverwaltung.

Arbeitslose Berlin II.

Laut Versammlungsbeschluss wird eine einmalige Notstandsunterstützung ausbezahlt. Berechtigt ist jeder, welcher seit dem 17. Februar und länger arbeitslos und 1 Jahr organisiert ist. Die Auszahlung findet bis inkl. 28. März in der Wohnung des Kassierers A. Britz, Stargarder Straße 60, S. I., abends zwischen 7—9 Uhr, statt. Spätere Ansprüche können nicht berücksichtigt werden. Legitimation m. bringen.

Die Ortsverwaltung.

Abteilung, Maintal-Steinarbeiter!

Sonntag, den 28. März, nachmittags 3 Uhr
Bezirks-Versammlung

für die Kollegen von Stadt- und Dorfprojekten, Fehenschlag, Reifenhäusen, Mousfeld und Bogtal

in Fehenschlag.

(Lokal wird durch Handzettel bekannt gegeben.)

Tagesordnung: 1. Arbeitgebereinigtheit — Arbeiteruneinigtheit.

Referent: Kollege Lohse-Würzburg.

2. Verschmelzung der Zahlstellen.

Jeder Kollege muss erscheinen. Indifferente sind von den organisierten Kollegen mitzubringen.

Die Bezirksleitung Fehenschlag.

Spezialhaus für Berufskleidung

Eigene Anfertigung
Schürzen-Stoff, extra breites Hausmacherleinen.

Jadetts, Hosen

Emil Keidel, Hamburg 6

== Bartenstraße 101. ==

Albert Baumann, Aue im Erzgebirge.

Neuheit!

Gesteinsbohrer-Härte- und Schärföfen.

Bei diesen Öfen kann ein Verbrennen des Bohrstahtes nicht stattfinden. Der Bohrstaht behält immer seine Güte.

Wichtig für jeden Bohrbetrieb.

Fabrikation von Härteöfen und Steinmetz-Geschirren.

Zur Bewerbung:

Laut Beschluss der Mitgliederversammlung der Zahlstelle Demitz-Thumitz vom 14. März 1909 soll für das hiesige Granitgebiet ein

besoldeter Lokalbeamter

angestellt werden. Derselbe muß in der Granitbranche gut bewandert sein. Bewerber haben bis zum 4. April ihre Bewerbungsschreiben an Karl Purscho, Raundorf bei Gaußig (Sachsen) einzusenden. — Als Thema ist zu behandeln: 1. Die Entwicklung der deutschen Granitindustrie mit besonderer Berücksichtigung der Hausstein-, Pfasterstein- und Monumentalbranche; 2. Die Aufgaben eines Lokalangestellten mit besonderer Betonung, wie am erfolgreichsten in den Steinbruchgebieten die Agitation zu betreiben ist. — Das Gehalt ist auf jährlich 1350 Mark festgesetzt. Der Anzustellende muß mit den Verwaltungsarbeiten gut vertraut sein und auch rechnerische Fähigkeiten besitzen. — Der Antritt könnte sofort erfolgen. Die Ortsverwaltung. J. A.: Karl Purscho.

Tüchtiger Bruchmeister

welcher mit allen Arbeiten in der Hartsteinindustrie vollkommen vertraut ist, sucht, auf gute Zeugnisse stützend, anderweitige Stellung. — Offerten unter Chiffre D. 200 hauptpostlagernd Dresden erbeten.

Suche sofort jungen

Steinmetzen und Schrifthauer.

Marmorhauer bevorzugt. Angenehme dauernde Stellung. Angebote an Max Hansen, Granit- und Marmorwerk Eutin (Holstein.)

Gestorben.

In Weiersdorf (Zahlstelle Löbau) am 13. März der Kollege August Palmer, 41 Jahre alt, an Mithra.
In Gäßlicht (Ehl.) am 18. März der Kollege Adolf Büchel, 39 Jahre alt, an der Berufsfrankheit.
In Miltenberg a. M. am 18. März der Kollege Robert Gerling, 36 Jahre alt, an der Berufsfrankheit.
In Riesa am 16. März der Kollege Clemens Fischer, 31 Jahre alt, an der Berufsfrankheit. Der Verstorbene war hervorragend für den Verband tätig.
Ehre ihrem Andenken!

Verantwortlicher Redakteur: A. Staudinger, Leipzig.
Verlag von Paul Starke in Leipzig.
Notationsdruck der Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft.

Die Witwen- und Waisenversicherung.

Bekanntlich wurde im Jahre 1902 den deutschen Arbeitern der Zolltarif vom Reichstag auf den Weihnachtstag gelegt, der heute in voller Wirkung ist und wodurch sich die Preise der Lebensmittel um 20—25 Prozent gesteigert haben. Um diesen Raubzug auf die Taschen der Arbeiter einigermaßen auszugleichen, und vor den Arbeiterwählern nicht allzusehr an Kredit zu verlieren, erklärte das Zentrum, daß die Reichseinnahmen aus den erhöhten Zöllen, die auf die unentbehrlichsten Lebensmittel entfallen, zur Einrichtung einer Witwen- und Waisenversicherung verwendet werden sollten. Die Aufwendungen aus den Zolleinnahmen sollten nach den Ausführungen des Zentrumsabgeordneten Trimborn in der Zolltarifdebatte so hoch sein, daß es nicht notwendig sei, Beiträge von den Versicherten zu erheben. Das Gesetz sollte bereits am 1. Januar 1910 in Kraft treten. Bis jetzt hat es aber die Regierung nicht für notwendig gefunden, dem Reichstag einen derartigen Entwurf vorzulegen, und jedenfalls können wir noch recht lange darauf warten.

Bereits im August 1908 hat die Deutsche Tageszeitung darauf hingewiesen, daß die Vorlegung des Gesetzesentwurfs über die Witwen- und Waisenversicherung zu Ostern 1909 nicht zu erwarten sei. Es steht noch nicht im mindesten fest, wann er dem Bundesrat und Reichstag zugehen wird. Was die Deutsche Tageszeitung vorausgesagt hat, hat sich erfüllt.

Das Zentrum, das sich bei jeder Gelegenheit gern als der geistige Urheber, als der Vater der Witwen- und Waisenversicherung brüstet, scheint auch nicht die geringste Lust zu haben, seinem Kinde die nötige Lebensfähigkeit einhauchen zu wollen. Man wird jedenfalls nicht um Gründe verlegen sein, die Hinauszögerung des Gesetzes zu rechtfertigen, und dann ist es denn an der Zeit, die bürgerlichen Parteien an ihr Versprechen zu erinnern.

Gerade wir Steinarbeiter haben ein sehr großes Interesse an dem Ausbau der Arbeiterversicherung in dieser Richtung; es sei nur auf die vielen Witwen verwiesen, denen die Männer durch die Berufskrankheit geraubt werden.

Nach den damals aufgestellten Berechnungen sollte die Witwen- und Waisenversicherung zirka 240 Millionen Mark beanspruchen, wozu die gesamten Mehrerträge aus den Lebensmittelzöllen verwendet werden sollten. Aber bereits in der Kommissionsberatung brach das Zentrum sein Versprechen, es sollte nur ein Teil der Erträge dazu verwendet werden, der fehlende Betrag sollte durch Beiträge der Unternehmer sowie der Arbeiter gedeckt werden. Alle Anträge der Arbeitervertreter im Reichstag auf Vermehrung der Einnahmequellen für die Versicherung, wurden rundweg abgelehnt. Sie wollten den Zollraub den Arbeiterwählern gegenüber nur beschönigen, um ihnen die Sache höchst gleichgültig. Mit der Ablehnung der Anträge auf Vermehrung der Einnahmen wurde öffentlich zugegeben, daß sie die Versicherung nicht haben wollten, denn es war klar, daß mit den wenigen Mitteln die Versicherung nicht eingerichtet werden konnte.

Gegenwärtig stehen der Reichsregierung, nach den Ausführungen des Genossen Mollenhuth auf dem Münchberger Parteitag, aus den Erträgen des Zolltarifs, mit den Zinsen des angehäuften Kapitals seit Inkrafttreten des Zolltarifs, jährlich zirka 43 Millionen Mark zur Verfügung. Ein Betrag, der nicht ausreicht, auch nur die bescheidensten Wünsche der Arbeiter zu befriedigen; während, wenn die Versicherung an die Unfall- oder Invalidenversicherung angegliedert werden soll, etliche hundert Millionen notwendig sind. Zur Beitragsleistung für eine Witwen- und Waisenversicherung sind aber die besitzenden Klassen, wenigstens das Zentrum und die Konservativen, nicht zu haben; beide Parteien erklärten fast einstimmig, daß sie für ein Gesetz nicht zu haben seien, durch das die kleinen Gewerbetreibenden und die Landwirtschaft mit neuen Beiträgen belastet würden. Die halbe Milliarde,

die die Landwirtschaft aus den Zöllen profitiert, lassen sich die Herren ganz gerne gefallen; sollen sie dann aber wieder einen Bruchteil zurückgeben, dann schreien sie Zeter und Mordio.

In welcher Weise die Witwen- und Waisenversicherung am besten durchzuführen ist, sagt uns ein Vorschlag des Genossen Mollenhuth, den er in der Reichstagsitzung vom 14. Januar 1904 gemacht hat, der jedenfalls praktisch und leicht durchführbar ist. Er schlug vor, die Witwen- und Waisenversicherung an die Invalidenversicherung anzuschließen, und zwar in folgender Weise: „Die Rückzahlung der Hälfte der geleisteten Invalidenversicherungsbeiträge bei Todesfällen der Versicherten wird gänzlich aufgehoben. Hinterläßt der Verstorbene eine Witwe oder Kinder unter 15 Jahren, so erhalten die Hinterbliebenen vom Todestag des Ehemanns an die Rente, die dem Verstorbenen für den Invaliditätsfall hätte zugestanden werden müssen, d. h. sie erhalten dieselbe Unterstützung, die dem Ehemann hätte bezahlt werden müssen, wenn er nur Invalid geblieben wäre. Da auch die Rückzahlung der Beiträge an die weiblichen Versicherten im Falle der Verheiratung aufgehoben werden müßte, so bildeten die hierdurch erzielten Ersparnisse einen Beitrag zu den Lasten der Witwen- und Waisenversicherung. Im übrigen wären die Mittel der Versicherung durch die Zollüberschüsse und durch eine Erhöhung der Invalidenversicherungsbeiträge zu decken.“

Die Durchführung der Versicherung wäre auf dieser Grundlage recht leicht möglich, und die Arbeiter würden gern eine kleine Beitragserhöhung mit in den Kauf nehmen. Voraussetzung ist selbstverständlich, daß den Arbeitern das volle Selbstverwaltungsrecht eingeräumt und die Unterstützung ohne Unterschied gewährt wird, d. h. ein Rechtsanspruch auf Rente gesichert wird, und nicht, wie es von Seiten des Zentrums auch schon hingestellt wurde, daß nur „hilfsbedürftige“ Witwen unterstützt werden sollten. Daß sich die Arbeiter mit derartigen unsicheren Bestimmungen nicht einverstanden erklären können, ist selbstverständlich, denn es wäre nichts weiter als eine Entlastung der Gemeinden zur Zahlung von Armenunterstützung. Dadurch wird man die Forderungen der Arbeiter auf keinen Fall befriedigen. Nicht mit halber Arbeit, nicht mit Almosen können wir uns zufrieden geben, sondern wir haben ganze Arbeit zu fordern.

Arbeitslosigkeit und Gewerkschaften.

In allen Industrien beginnt sich trotz entgegengesetzter Prophezeiungen der wirtschaftliche Rückgang immer deutlicher auszuprägen. Und es sind nicht nur die Gewerbe, die durch ihre Herabsetzung der wichtigsten Lebensbedürfnisse am innigsten mit der schnell wechselnden Konsumfähigkeit des Volkes verbunden sind, die unter dem allgemeinen wirtschaftlichen Daniederliegen zu leiden haben. In allen Branchen macht sich das gleiche bemerkbar. So zeigt zum Beispiel auch das polygraphische Gewerbe von 1907 zu 1908 eine deutliche Verschlechterung der allgemeinen Lage.

In den folgenden Ziffern sind die Arbeitsverhältnisse des Deutschen Buchbinderverbandes, des Gewerkschafts der graphischen Berufe, weiterhin des Buchdruckerverbandes, des Verbandes der Buch- und Steinbruckerhilfsarbeiter, des Verbandes der Lithographen und Steinbrucker, des Verbandes der Photographen und Lithographenverbände (beide sind jetzt mit den Lithographen und Steinbruckern verschmolzen), des Gutenbergbundes und der Formstecher- und Zylindrerorganisation nach ihren eigenen Angaben an das Reichsstatistische Amt zusammengestellt.

Als wichtigstes ergibt sich, daß die Mitgliederzahl dieser Organisationen 1907 im Jahresmittel 107 888 betrug, im Jahre 1908 dagegen 111 419! Also hat die schlechte Zeit bis jetzt noch keine Verluste an Mitgliedern gebracht. Die Arbeitslosigkeit ist seit dem ersten Quartal 1907 fortgesetzt gestiegen. Fälle von Arbeitslosigkeit gab es im ersten Quartal 1907 rund 9900, dann 10 800, 14 800 und 13 000. Das erste Vierteljahr 1908 begann mit 11 900, dann stieg die Zahl auf 13 200, 16 900 und 15 800. Die Zahl der Fälle von Arbeitslosigkeit ist demnach fortgesetzt gestiegen. Im Jahresmittel ergibt sich für 1907 auf 100 Mitglieder 47,2 Fälle von Arbeitslosigkeit, 1908 dagegen 60,6! Die Gesamtzahl der Arbeitslosentage stieg von 731 020 auf 1 053 239. Wird ein durchschnittlicher Lohn von 25 M. angenommen, so er-

gibt sich für 1908 ein Lohnverlust von rund 4 1/2 Millionen Mark! Ein Drittel davon wurde gedeckt durch die von den Organisationen ausgezahlten Arbeitslosenunterstützungen, die in dem Jahre die runde Summe von 1 1/2 Millionen Mark erreichten. 1907 war es nur rund eine Million, die zu diesem Zwecke verausgabt wurde. Gegenüber diesen Leistungen der Arbeiterorganisationen erscheint die Lust der Regierung, der Arbeitslosigkeit zu steuern, bedenklich gering. Und, was überdies selbstverständlich ist, auch die Länge der einzelnen Fälle von Arbeitslosigkeit hat von 1907 auf 1908 stark zugenommen. Im erstgenannten Jahre kamen auf einen Fall 15 Tage, 1908 waren es 18,2 Tage im Durchschnitt. Unter 100 Mitgliedern waren 60,6 im Durchschnitt 18,2 Tage arbeitslos; dies ist das wirtschaftliche Resultat des Jahres 1908 für das polygraphische Gewerbe.

Zu beachten bleibt dabei besonders, daß die in Frage kommenden Arbeiter sehr gut organisiert sind. Es bleiben aber immer noch genug Unorganisierte übrig, denen kein Schutz und keine Hilfe zur Seite steht. Was ist aus all diesen Unglücklichen geworden? Ob die Regierung es wagen wird, darauf eine Antwort zu geben, erscheint sehr fraglich.

Die Steinindustrie im Harz.

Wenn wir uns von Wernigerode-Passeroode auf eine Gatztour begeben, so treffen wir an der Chaussee nach Schierke ein Denkmal, welches dem württembergischen Landesgeologen Karl Hoffe gewidmet ist, und an welchem wohl alle Gesteinsarten des Harzes angebracht sind. Dieser Gelehrte hat viel dazu beigetragen, die Gesteinsarten des Harzes zu erforschen. Wenden wir uns nun heute hauptsächlich der Steinindustrie zu. Von Osten kommend, sehen wir zunächst im Betriebe der Diabaswerke Grünstein von Mühlend, einem der ältesten größeren Betriebe mit neueren technischen Einrichtungen. Wir wandern nach Wernigerode und kommen in den Bereich der Gatz Granitindustriellen. In dem Granitwerke Steinerne Renne, wohl dem größten und kompliziertesten Betriebe im Harz, finden wir so ziemlich alle neueren technischen Hilfsmittel zur Erzeugung von Grabsteinen, Bordsteinen, Pflastersteinen und Bahnschotter. Die Organisation der Steinarbeiter kann hier als ziemlich gut bezeichnet werden. Eine ganze Anzahl von Granitsteinbrüchen liegen bis Ilfeld in den Harzbergen zerstreut. Wir gelangen sodann ins Ederthal. In diesem finden wir einen mittleren Betrieb zur Gewinnung von Quarzgestein, das ausschließlich zu Pflastersteinen sowie zu Chaussee- und Bahnschotter Verwendung findet. Von einer Arbeiterorganisation ist hier noch kaum die Rede. Sodann wenden wir uns Schritte dem berühmten Kurbad Harzburg zu. Wir treten ein in ein Felsenland „erster Güte“, wie ein Steinbruchunternehmer sagen würde, in das rings von hohen, steilen und massiven Bergen umgebene Radant. Hier wird der Harze Gabbro gewonnen, der nur zu Pflastersteinen und Stein Schlag Verwendung findet. Den Besitzer des Harzburger Gabbrosteinbruchs hat man wohl aus seinem Betriebe hinausgedrängt, um zu zeigen, daß die Steinarbeiter, welche jetzt einzig auf die Brüche der Braunschweiger Begebauverwaltung angewiesen sind, von der Herzoglichen Verwaltung genau so gut ausgebeutet werden können, wie von jedem andern Profitjäger. Auch hier ist die Organisation der Steinarbeiter den Proleten ungeschicklicherweise ein siebenmal verfestigtes Buch. Und das im Angesicht des aufreizenden Luxus und des raffinierten Aufwandes, welcher hier im Sommer alle Jahre wiederkehrt. Harzburg, der Sammelpunkt der Gärtner, der Kleinod der Kapitalisten, wann wird sich seine Arbeiterschaft aufraffen, um menschenwürdige Zustände zu erkämpfen?

Kurz erwähnen wollen wir noch das Harzer Schiefergebirge bei Goslar, wo hauptsächlich Daugschiefer gewonnen wird, und die Diabassteinbrüche bei Wolfshagen und Vangelshelm, wo Pflastersteine und Stein Schlag sowie Bahnschotter erzeugt wird. Die Organisation steht hier noch in den Kinderschuhen. Im Innerthal aufwärts kommen wir unterhalb Lautenthal in den Bereich der Grauwadesteine der Firma Sidon. Bei Willemann treffen wir auf den Großbetrieb der Grauwade-Firma Schemm. Diese Firma, welche sehr günstige Gewinnungsverhältnisse hat, bietet den Arbeitern wahre Jammerlöhne an. So erhalten die Felsenarbeiter für Zubehören, Zerlegen und Aufladen pro Kubikmeter etwa 50 Pfg. und für Material für Pflastersteinmache etwa 1,20 Mark pro Kubikmeter. Hier sollte und müßte die Organisation der Arbeiter eine kräftige sein. Aber die meisten Arbeiter ziehen es vor, ihren Unmut in Gerkenshaft und Fasel zu füttern, um die häufigen Lohnreduktionen zu verschmerzen. Es ist ja leider eine allbekannte Tatsache, daß da, wo dem Alkoholismus gefrönt wird, das Streben der Arbeiterschaft nach höheren Zielen, nach Verbesserung ihrer

arbeiten zu können, nicht aber eine richtige Benutzung durch uns zu ermöglichen.

Vier Jahrzehnte entwandten, seit Bebel sein sozialdemokratisches Bekenntnis vor den Jüngern und Bürgern des Parlamentes, vor dem Volke darlegte; es war der erste klammernde Protest gegen den kapitalistischen Klassenstaat in der Zeit der aufsteigenden Macht einer liberalen Ära, das prophetische Seherwort vom Annahernde des aus der Tiefe der Knechtung sich aufhebenden und erwachenden internationalen Proletariats. Nichts von dem, was Bebel damals über den süßen Trug des preussischen Regierungssystems, über die Täuschungslisten der bürgerlichen Sozialpolitik und über die kluge Erkenntnis der deutschen Arbeiterschaft voraussagte, hat die Zukunft widerlegt. Wenn August Bebel, der im Reichstage der einzige Vertreter aus den Tagen des ersten Reichstags ist, auf den 18. März 1869 zurückblickt, darf er sich freuen, daß seine Prophezie von der politischen und wirtschaftlichen Entwicklung der Sozialdemokratie selbst seine eignen Erwartungen heute, am 40. Gedenktage, übertrifft hat!

Die Abgeordneten Storz und Grabberger nahmen in der Reichstagsitzung vom 18. März 1909 auf das Jubiläum Bebel's in recht anerkennender Weise Bezug. Ersterer führte aus:

„Es ist nicht meine Absicht, heute gegen den Kollegen Bebel zu polemisieren. Ich sehe seinen Platz mit Rosen geschmückt. Er ist der einzige unter uns, der noch dem Norddeutschen Reichstage angehört. Gerade als politischer Gegner will ich ihm zu seinem vierzigjährigen Jubiläum als Parlamentarier unsere besten Glückwünsche darbringen. Seine sympathischen menschlichen Eigenschaften sichern ihm die Hochachtung auch jener Kreise, die seiner Partei nicht anhängen. (Zustimmung bei den Gruppen der Linken und der Mitte.) Bebel ist ein leuchtendes Beispiel für das, was flammende Begeisterung auch im einfachsten Manne vermag. (Sehr wahr!) Persönliche Hochachtung braucht dem schärfsten politischen Gegenatz gegenüber nicht zu schmeiden, in diesem Falle um so weniger, als wir jetzt den Kollegen Bebel die Waffen, die er manchmal so heftig geschwungen hat, seltener anwenden sehen.“

Bebel 40 Jahre Parlamentarier!

Am historischen Revolutionstage, am 18. März, hielt der Abgeordnete Bebel seine erste Rede im Reichstage. Es war vor 40 Jahren, in der 10. Sitzung 1869 der ersten Legislaturperiode des Norddeutschen Bundes. Der Dreißiger August Bebel, wohnhaft in Leipzig, vertrat den 17. Wahlkreis des Königreichs Sachsen.

Am 18. März 1869 fand die erste Beratung der Gewerbeordnung auf der Tagesordnung. Eben war ein Schlufantrag des Grafen von der Schulenburg abgelehnt worden, und der Abgeordnete Dunder hatte sich mit den Ausführungen Dr. Schweigers und des Zigarrenmachers Frische zur Frage der Zwangsuntersuchung von Klassen beschäftigt und mit der Phrase geschlossen: es möchten „vor den erwärmenden und belebenden Strahlen der Sonne der Freiheit und Gleichberechtigung all die schwarzen und roten Gespenster, welche man gestern hier herauf beschworen hat, verschwinden wie die lichten Morgennebel eines Frühlingstages“.

Da sprach der Präsident Dr. Simson: „Der Abgeordnete Bebel hat das Wort.“

Nunmehr erhob sich der 29 jährige Dreißiger, um mit der Erklärung, er sei erst heute in das hohe Haus eingetreten, zu betonen, daß er gezwungen sei, jetzt erst auf die in diesen Tagen gefallenen Angriffe gegen die sozialdemokratische Richtung, zu der er sich ebenfalls bekenne, näher einzugehen. Anknüpfend an die obige Phrase des Abgeordneten Dunder verwies er diesen und dessen politisch-sozialen Freunde auf England, wo durch einen musterstaatlichen Konstitutionalismus das Volk unumschränkt die Herrschaft ausübe, dennoch aber die Klassenunterschiede zwischen Arbeit und Kapital, zwischen Arbeitern und Besitzenden auf eine Höhe gesteigert seien, welche die entschiedensten Anhänger der herrschenden Deconomieschule nicht zu leugnen wagten. Wenn der Abgeordnete Dunder für seine Charakterisierung der sozialdemokratischen Partei als „Rückwärtsparthei“ sich auf die Ausführungen des Abgeordneten Wagner von der konservativen und feudalen Richtung berufen habe, so sei es allerdings die Gewohnheit dieses Geheimen Oberregierungsrates, in sozialen Fragen in einer Weise aufzutreten, welche dem entragierten

Sozialisten Ehre machen würde. Es habe eine gewisse Absicht hinter dem König. preussischen Hofsozialisten (Große Heiterkeit; Bravo!), nämlich die, in der Arbeiterwelt den Glauben zu erwecken, die preussische Regierung wolle durch irgendwelche Staatsintervention dem Massenelend und der unterdrückten Lage der Arbeiter abhelfen. Auch trotz der ellenlangen Artikel in der regierungsoffiziellen „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ ließen sich die Arbeiter nicht ködern; sie begriffen, daß die Regierung bei dem faktisch vorhandenen Klassen Gegensatz einen Nutzen ziehen möchte zu reaktionären Zwecken aus der Spaltung zwischen der liberalen Bourgeoisie und dem Proletariat. (Hört! links.) Die ungeheure Mehrheit der deutschen Arbeiterschaft habe einen viel zu gesunden Sinn, um auf diesen Regierungsköder anzubeißen.

Gegenüber dem Abgeordneten Stumm, der die sozialistische Arbeiterbewegung der Tätigkeit einzelner Agitatoren zuschrieb, verwies Bebel auf dieselben Einwände zur Konfliktzeit im Abgeordnetenhaus, wo das Rechtsbegehren des Volkes vom Ministerische aus mit denselben Einreden bekämpft wurde.

Ich gebe zu, daß das in gewissem Grade vom Standpunkte unserer Gegner richtig ist; denn wenn man den Arbeitern nicht sagt, was sie zu fordern berechtigt sind, wenn man ihnen nicht nachweist, wie ihre Lage eigentlich gegenüber den andern Gesellschaftsklassen beschaffen ist, dann werden sie nie zur Einsicht kommen; und ich begreife daher vollkommen, wenn die Herren sich gegen unsre Agitation mit aller Gewalt wehren.

Er, Bebel selbst, sei noch vor wenigen Jahren ein entschiedener Anhänger der sogenannten Selbsthilfe gewesen, die Entwicklung der tatsächlichen Verhältnisse hätte ihn von der Unzulänglichkeit der bisher angebrachten Heil- und Rettungsmittel überzeugt.

Bebel schilderte dann die Gefahr, welche die staatlichen „Palliativmittel“ der Unterstufungsklassen usw. in den Händen des heutigen Staates mit sich bringen, er stimme den Liberalen darin bei, daß die Verwirklichung der Klassen usw. den Arbeitern selbst zu übergeben sei. Gegenüber Miquel, der den Fortschritt des allgemeinen Stimmrechts als ein besonderes Verdienst des Norddeutschen Bundes pries, betonte Bebel die Absicht der Regierung, mit diesem System die Massen besser für sich be-

elenden Lebenslage nur schwer Eingang findet. Bei Frankenschmiedtrefen wir einen Betrieb neueren Datums, das von der Eisenbahndirektion Magdeburg mit einem kolossalen Kostenaufwand erbaute, ausschließlich zur Herstellung von Bahnschotter bestimmte Schotterwerk. Wohl damit der Staat dem Unternehmertum keine Konkurrenz bietet, hat die Bahnverwaltung den Betrieb der Firma Scheim verpachtet. Verlassen wir das Innerstetal und wandern über den Höhenzug bei Clausthal, so treffen wir die berühmte Beerbacher Grauwade, welche speziell zu Pflastersteinen und Stein Schlag Verwendung findet. Auch hier ist die Organisation noch ein zartes Pflänzlein. Wir hoffen aber, daß die freiorganisierten Maurer und Zimmerer den Steinarbeitern ein wenig Interesse zuwenden. Erwähnen wollen wir noch den Betrieb Südharger Werke. Wie der Name sagt, ein auf der südlichen Seite des Harzes gelegener Betrieb. Pflastersteine und Bahnschotter werden hier produziert. Auch hier ist die Organisation noch ein gewaltiges Arbeitsfeld, wie überall im Harz, um den Steinbruchsklaven nur einigermaßen menschenwürdige Verhältnisse zu schaffen. Möge jeder, dem diese Zeilen vor die Augen kommen, mitwirken, den Gedanken der Organisation zu wecken und zu fördern.

Gewerbegerichtliches.

Am 18. März fand in Pirna vor dem Gewerbegericht Stadt die vierte und letzte Verhandlung der elf klagenden Steinmehren gegen die Firma G. H. Neumann Nachfolger statt. Das Klageobjekt bildete ein Karnies. Die Steinmehren behaupteten, der Karnies müsse für sechs Glieder gerechnet werden, das Geschäft hingegen berechnete sich 4 Glieder. Da das Gewerbegericht weder den Gehilfen noch dem Geschäftsglauben schenkte, entschied es sich, zur nächsten Verhandlung einen Sachverständigen, und zwar Herrn Hermann Pirna, zu laden.

Herr Hermann sagte: „Der fragliche Karnies, den ich mir auf dem Werkplatz der Firma Neumann angesehen habe, gehört unter Punkt 4 i des Tarifs und ist demnach als viergliedriger zu bezahlen. Ein sechsgliedriger Karnies, wie unter Punkt 4 j des Tarifs angeführt, müsse einen Rundstab und anschließende Kefle oder eine unterstochene Kefle und anschließenden Viertelstab haben. Der vorliegende Karnies habe aber keinen Rundstab und nur eine ganz flache Kefle und könne daher nicht unter Punkt 4 i, sondern unter Punkt 4 j zu vier Gliedern gerechnet werden.“ — Auf Vorhalt des Vertreters der Kläger, warum man wohl im Tarif Karniese zu vier und sechs Gliedern angeführt und warum unter Punkt 4 n zwei ganz gleiche Karniese einmal zu vier und das andre Mal zu sechs Gliedern gerechnet würden, erklärte der Sachverständige, dies nicht zu wissen. Der Inhaber der Firma, Herr Würdig, verdrückte es so darzustellen als wenn dies so ganz ohne Absicht in den Tarif gekommen wäre.

Der Vorsitzende erklärte, daß ihm die Aussage des Sachverständigen es nicht ermöglihe, ein Urteil weder nach der einen noch nach der andern Seite abzugeben. Das Gericht entschied sich zur Ladung des ehemaligen Vorsitzenden der Tarif- und Schiedsgerichtskommission, Herrn Steinmehremeister Moritz Hübn er - Dresden.

Herr Hübn er erklärte: „Ich habe mir die Zeichnung im Geschäft des Herrn Neumann angesehen und bin der Ueberzeugung, daß der fragliche Karnies unter Punkt 4 i des Tarifs zu rechnen ist, weil sich an den Karnies eine Nute mit breitem Grund anschließt. Eine Nute mit breitem Grund wird in diesem Falle als erschwerend für die Bearbeitung des Karnies angesehen, hingegen eine Nute mit spitzem Grund wie unter Punkt 4 i als erleichternd. Ein derartig karniesähnliches Gebilde könne unter Punkt 4 i gerechnet werden, wenn sich an dasselbe eine Nute mit spitzem Grund anschließt, müsse aber unter Punkt 4 j gerechnet werden, wenn es sich an eine Nute mit breitem Grund oder einen Einsatz anschließt.“

Dieses Gutachten, welches von jedem Fachmann durchaus korrekt bezeichnet werden muß, war aber jedwem dem Gehör auch noch nicht einleuchtend; es entschied sich vielmehr dazu, noch einen weiteren Sachverständigen zu laden, und zwar Herrn Steinmehremeister Oswald Kühnel - Pirna. Dieser erklärte gleich am Anfang seines Gutachtens, der fragliche Karnies ist ein viergliedriger. Unter sechsgliedrigem Karnies versteht man einen schwerer zu bearbeitenden; ob derselbe an eine Nute mit spitzem Grund oder breitem Grund anschließt, sei für die Bezahlung ganz gleich.

Bei den verschiedenen gestellten Fragen des Vorsitzenden fleißte der Sachverständige seine Begründungen in so unverständliche Worte, daß der Vorsitzende erklärte: Er drehe sich im Kreise herum, er solle eine klare Erklärung abgeben, ob er den vorliegenden Karnies als zu 4 Gliedern oder zu 6 Gliedern rechne. Herr Kühnel erklärte nunmehr nochmals, daß der vorliegende Karnies an vier Gliedern zu rechnen sei. Als dem Herrn das Gutachten des Herrn Hübn er vorgelesen war, erklärte er, er könne sich ganz gut einen ähnlichen Karnies denken, der als sechs Glieder gerechnet werden müsse, aber der vorliegende sei nur viergliedrig. Gleichzeitig bekräftigte er aber, daß, wenn die vordere Stirnplatte nicht daran wäre, müßte der Karnies als sechsgliedriger betrachtet und bezahlt werden.

Der Vertreter des Klägers hielt Herrn Kühnel vor, daß er ihm vor Einreichung der Klage gesagt habe, wenn er solche Arbeiten zu machen hätte, würde er sich mit seinen Leuten einigen und für den Karnies fünf Glieder berechnen. Herr Kühnel bestritt, gesagt zu haben, er würde fünf Glieder dafür bezahlen; er hätte sich vorsichtig ausgedrückt.

Das Gericht zog sich hierauf zurück, um nach 15 bis 20 Minuten, nachdem ein Vergleich nochmals von beiden Seiten abgelehnt war, folgendes Urteil zu verkünden: Die Kläger werden mit ihrer Klage abgewiesen und haben die Kosten zu tragen. Begründung: Da zwei Sachverständige den fraglichen Karnies als zu Punkt 4 i gehörig erklärt haben, konnte das Gericht nicht zu der Ueberzeugung kommen, daß die Kläger im Recht sind.

Des näheren auf das Urteil einzugehen, wollen wir uns erst dann erlauben, wenn uns die Gutachten und die Begründung des Urteils vorliegen.

Korrespondenzen

Beucha. Die Steinmehren des Beuchaer Granitbezirks haben am 31. Dezember v. J. ihren Tarif gekündigt, um wieder einen Schritt vorwärts zu bringen. Die auf den Günterischen Pflagen Beschäftigten zogen jedoch (nach erfolgter Unterhandlung mit Herrn Günter und nachdem ihnen ein allerdings geringer Erfolg gesichert war) ihre Tarifkündigung zurück. Die Firma Da ul u. Tollert jedoch weist die Leute strikte ab und beruft sich auf die andern Firmen, daß dort auch der alte Tarif bestehen bleibe. Dieses behauptet die Firma, trotzdem sie genau weiß, daß die Meister Günter und Fiedler mit ihren Leuten unterhandelt und ihnen auch einige Zugeständnisse gemacht haben. Da nun Herr Tollert von jeher derjenige war, welcher den Tarif zuungunsten seiner Arbeiter anlegte (Beweis: die im April 1908 stattgefundenen Arbeitseinstellung wegen Nichterhaltung des Tarifs), haben seine Arbeiter alle Ursache, bestehende Mängel aus dem Tarif zu beseitigen. Aus diesem Grunde haben sie die Kündigung zu Recht bestehen lassen. Herr Tollert lehnte nun die Verhandlungen ab und will es anscheinend zum Kampfe kommen lassen. Nun, wenn es durchaus sein muß, auch wir sind gerüstet und werden versuchen, unser einziges bißchen Besitz, unsere Arbeitskraft, nicht zu verschleudern, sondern auf Preise halten. Die reisenden Kollegen ersuchen wir, uns dadurch zu unterstützen, daß sie Herrn Tollert nicht beehren, sondern ehe sie nach Arbeit nachfragen, sich erst beim Vertrauensmann, Kollegen Schlegel, über die Beuchaer

Verhältnisse erkundigen. Wenn Herr Tollert meint, er könnte nach Belieben mit seinen Leuten umspringen, so irrt er sich ganz gewaltig. Glaubt Herr Tollert besser fahren zu können ohne zu verhandeln, so wollen wir ihm diesen Glauben nicht rauben. Aber so naiv sind die hiesigen Steinmehren und Brecher nicht, daß sie das Völkerschlagdenkmal in aller Gemütsruhe fertigstellen und dann erst mit Lohnforderungen kommen. Die hiesigen Arbeiter müßten ja die ungeschicktesten Menschen sein, wenn sie jetzt nichts unternehmen würden, damit die ungenügenden Lohnsätze aufgebessert werden. Wer hier arbeiten will, muß tüchtig wuchten können. Auf alle Fälle können die Unternehmer sicher sein, daß auch die Kollegen gerüstet sind.

Wittenbach. Am 27. Februar fand in dem Lokale August Höver in Neuremscheid unsere Generalversammlung statt. Leider war dieselbe wieder schlecht besucht. Traurig ist es, wenn Arbeiterversammlungen sind, daß die Kollegen nicht einmal so viel Zeit übrig haben, um hierzu zu erscheinen. Wir müssen Mut fassen, damit wir zum Ziel kommen und geschlossen gegen die Arbeitgeber vorstehen können. Es ist leider zu bedauern, daß die Kollegen noch nicht zu der Erkenntnis gekommen sind, wo ihre Rechte vertreten werden. Hier haben in einem Steinbruche schon wieder 60 Mann gekündigt bekommen, wo sollen die Kollegen alle hin? Kollegen agitiert fleißig, es ist Zeit, damit wir auch mehr Mitglieder in unsere Zahlstelle bekommen. Die Neuwahl der Ortsverwaltung ergab folgendes Bild: 1. Vorsitzender Otto Karthaus, Kassierer Willi Klein, 2. Vorsitzender und Schriftführer Otto Jäger, Neuremscheid Theodor Hild und Karl Horn. Es kamen auch die Bundesratsbestimmungen zur Sprache und jeder in unserer Zahlstelle soll darauf achten, daß die Verordnung streng durchgeführt wird.

Bunzlau. Am 17. März tagte im Gasthaus zur Hoffnung die ordentliche Mitgliederversammlung. Betreffs Tarifangelegenheiten wurden die Kollegen zur nochmaligen Rücksprache mit dem Geschäft aufgefordert. Dann gibt der Vorsitzende Burggraf die Anregung, das 25 jährige Bestehen der Zahlstelle Bunzlau festlich zu begehen. Dieser Punkt soll in nächster Versammlung besprochen werden. Den Kartellbericht gibt Kollege Steg. Danach sind ungefähr 1400 Gewerkschaftsmitglieder dem Kartell angeschlossen. Nachdem noch einige Ortsangelegenheiten geregelt waren, schließt der Vorsitzende die Versammlung.

Dürheim-Neustadt. Die Unternehmer kündigten uns den Tarif. Besonders soll die Fassung im § 2 folgendermaßen redigiert werden: „Die Arbeiten werden sämtlich im Afford ausgeführt und ist der Preis vorher festzustellen und so zu bemessen, daß ein tüchtiger Steinhauer mindestens einen Stundenlohn von 55 Pfg. verdient. Sobald in einem Geschäft die Hälfte der Arbeiter obigen Lohn verdient hat, hat die andre keinen Anspruch auf Zulage.“ Die Kommission, die mit den Meistern unterhandeln sollte, erklärte damals: „Niemand werden wir diese Vorlage unterzeichnen und wenn es zum äußersten käme.“ Die Unternehmer verlegten sich aufs Handeln, denn bald darauf kam ein zweiter Vertragsentwurf, dem derselbe Paragraph angehängt war; nur sollten hier 55-60 Pfg. verdient werden und 2/3 in jedem Geschäft sollten den Lohn verdienen, die übrigen sollen jedoch keinen Anspruch auf Zulage haben. Auch sollten hier zwei Zahltage zur Lohnberechnung zusammengezogen werden. Auf diesen Entwurf erhielten die Unternehmer von uns gar keine Antwort. Darauf erschien der dritte Entwurf. Unsere Unternehmer haben, wie es scheint, eine Vertragsentwurf-fabrik. Auf den letzten Entwurf hin fand Unterhandlung statt. Es wurden noch einige Verbesserungen vorgenommen, jedoch fanden ihn unsere Kollegen unannehmbar und wir beantragten eine weitere Sitzung, in der wir unsere Änderungsanträge präzisieren wollten. Die Unternehmer lehnten jedoch rundweg ab. Die Steinarbeiter wünschten nur, daß einige Positionen im Vertrage von den Unternehmern besser präzisiert werden sollen. Besonders ist dies ein Paragraph aus dem Mannheimer Vertrage mit folgendem Wortlaut: „Verdient ein Arbeiter in der 1. Klasse obigen Lohn nicht (55-60 Pfg.), so hat der Unternehmer das Recht, falls er die Entlassung nicht vorzieht, mit der Plakkommission einen andern Lohn zu vereinbaren. Vertraglich vereinbart sind 55-60 Pfg. Stundenlohn. Es steht hier also fest, daß die Unternehmer jederzeit, besonders bei schlechten Konjunkturen, die Entlassung des seinen vertraglichen Lohn verlangenden Kollegen vorziehen werden. Diese vertragliche Festschreibung den Unternehmern in die Hand zu geben — die Entlassung der richtigen Entlohnung vorzuziehen — halten wir für unannehmbar. Wir stellen daher die Anfrage: Ist ein solcher Paragraph, oder überhaupt diese ablehnende Haltung der Unternehmer nicht herausfordernd? Weiter sei bemerkt, daß unsere Bewegung durch Vertragskündigung der Meister herbeigeführt wurde. Wir sahen infolge der Krise von einer Kündigung des Vertrags und somit von einer Lohnherabsetzung ab, trotzdem eine solche durch den Lohnausfall des langen Winters und der gegenwärtigen Teuerung gerechtfertigt wäre. Der Öffentlichkeit soll es nicht vorenthalten sein, daß die Unternehmer den Lohn allgemein drücken wollen. Der 60 Pfg.-Stundenlohn soll beseitigt werden. Man setzt die Affordpreise gegenwärtig so an, daß es nur dem stärksten Arbeiter (und nach diesem richtet sich der Preis) möglich ist, 55 Pfg. zu verdienen. Ist dies nicht der Fall, so gibt der Unternehmer am Zahltag eine Zulage, bis die 55 Pfennig erreicht sind. Bei Arbeitern, die schon jahrelang vorher 60 und 65 Pfg. Stundenlohn hatten, geschieht das gleiche. Damit ja ein Steinmehre nicht „über den Lohn“ kommt, verfährt man in folgender Weise: Ist z. B. für ein Werkstück der Preis von 6 Mk. angesetzt und der Arbeiter versetzt die Arbeit in einem Tage, so gibt es am folgenden Zahltag schon 1 bis 1,50 Mk. weniger. In der Öffentlichkeit sagen die Unternehmer, sie wollen den Afford nur deshalb, damit der bessere, bzw. stärkere Arbeiter zu seinem Rechte komme. Auch die Steindreher will man jetzt zurückgeben. Bezug von Steinarbeitern ist nach wie vor fernzuhalten.“

Frankfurt a. M. Im Gewerkschaftshaus tagte am 9. März unsere Generalversammlung. Kollege Menges entwarf den Situationsbericht von 1908 über die wirtschaftliche Lage. Das Gespenst der Arbeitslosigkeit hat schwer auf den Mitgliedern gelastet. Die Mitgliederzahl ist stabil geblieben. Die Organisation hat besonders gegen die hygienischen Mängel auf Bauten einen wirksamen Kampf geführt. Auch galt es vielfache Versuche, die tariflichen Bestimmungen zu durchbrechen, abzuwehren. Leider nicht immer mit Erfolg. Immerhin haben sich die Lohn- und Arbeitsverhältnisse gehalten, so daß es größere Kämpfe hier nicht gab. Besonders haben die Marmorarbeiter im verflossenen Jahre unter der Arbeitslosigkeit stark zu leiden gehabt. Die Abrechnung ergab eine Einnahme von 5096,55 Mk. Davon gingen an die Mitglieder in Form von Unterstützungen 1000 Mk. zurück. An die Hauptkasse wurden 3434,05 Mk. abgeliefert. Der Kassenbestand beträgt 906,21 Mk. Gegen das Vorjahr um 300 Mark mehr. Die Zahlstelle hat trotzdem gut abgeschnitten. Dem Kassierer wurde einstimmig Decharge erteilt. Als 1. Vorsitzender wurde Kollege Reipmann, als 2. Menges, als Kassierer Winkel und zum Schriftführer Kaufmann gewählt. Die übrigen Verwaltungsstellen wurden fast alle mit den alten Kollegen wieder besetzt. Als Beisitzer zum Gewerbegericht wurde Kollege Wedert nominiert. Dann referierte Kollege Menges über eine Reform der Lohn- und Arbeitsverhältnisse. Nach längerem Ausführungen kam er zu dem Schluß, daß ein energisches Vorgehen in einigen Werkstätten am Platze ist. Besonders die Firma Holzmann zeigt sich ihren Arbeitern gegenüber recht ungeschön. Sie läßt viele Arbeiten auswärts anfertigen, während die hiesigen Kollegen arbeitslos umherlaufen. Dabei sind Lohnreduzierungen an der Tagesordnung. Eine Resolution, die den Vorstand verpflichtet, Material über die Lage der Steinarbeiter zu sam-

meln, wurde einstimmig angenommen. Die reisenden Kollegen werden ersucht, wenn möglich, Frankfurt zu meiden, andernfalls vor dem Zusprechen erst bei dem Kassierer Auskunft zu holen.

Holl. Am 7. März tagte im Gasthaus zum Dörsen unsere Monatsversammlung, welche gut besucht war. Anwesend waren außerdem Kollege Mantel-Craillshelm und Kollege G. Breiner-Neuenstein. Ueber den 1. Punkt: Wie können wir unsere Lage verbessern? hielt Kollege Mantel ein gebiegenes Referat, in welchem er die Mißstände unserer Zahlstelle schilderte und in welchem Worten den Weg bezeichnete, auf welchem wir Besserung finden. Er führte weiter aus, daß dieser Weg nur in einer gefunden Organisation besteht, und forderte die Kollegen auf, in jeder Hinsicht sich ihrer Pflicht bewußt zu sein und auch dahin zu wirken, auch die fernstehenden Kollegen wieder in unsere Reihen zu bringen. In der Diskussion wurde dann angeführt, daß dies allerdings schwer sei, da die Zahlstelle immer noch unter dem Schlag zu leiden hat, den ihr vor Jahren ein Kollege unter dem Namen Sutter versetzt hat. Inbes liegt jetzt die Verwaltung in guten Händen, und darum hoffen wir das Beste. Betreffs einer Distriktsversammlung wurde beschlossen, dieselbe zu verschieben, bis die Arbeit wieder im Gange ist. Kollege Schneider gab dann den Kartellbericht, welcher zu einer längeren Debatte über die Maifeier Anlaß gab. Es ist jedem freigestellt, den 1. Mai zu feiern, jedoch soll jeder die Versammlung abends besuchen. Die Arbeitsstunden sind noch nicht in Ordnung. Im kurzen Schluswort ermahnte Kollege Mantel nochmals zur Einigkeit, und forderte die Kollegen auf, sich auch politisch zu organisieren und die sozialdemokratische Presse Württembergs, die „Schwäbische Tagwacht“, zu abonnieren. Noch ein Wort an die hiesigen Indifferenten! Ihr alle wißt, wie notwendig hier eine Besserung unserer Lage ist. Darum hinein in den Verband, denn nur durch diesen kann es geholfen werden.

Langenlitz. Der Tarif wurde am 17. August 1908 durch die Tarifkommission unter Hinzuziehung des Kollegen Walter auf ein Jahr verlängert, mit dem Zusatz, daß die geschliffenen und schleifrechten Arbeiter fernerhin auch im Afford angefertigt werden. Der Tarif wird also ein neuer, da auch die mündlichen Abmachungen mit eingeflochten werden. Trotzdem alle Versammlungen, die während des Tarifverhandlungen abgehalten wurden, gegen dieses Angebot protestierten, ließen sich die Kollegen doch überzeugen, daß bei dem bestehenden Arbeitsmangel dieser Afford nicht abzuweichen ging. Jetzt in einen Streik zu treten, wäre der größte Fehler gewesen, da vom Winter her so viel fertige Arbeit auf dem Platze liegt. Auch werden gegenwärtig bauliche Veränderungen im Betriebe vorgenommen, was den Streik auch mit verlängern geholfen hätte. An den Kollegen wird es nun liegen, daß wir uns genügend Material verschaffen, um dem Geschäft beweisen zu können, daß bei diesen geschliffenen Arbeiten und bei den gebotenen Preisen kein auskömmlicher Lohn verdient werden kann. Wie uns vom Geschäft unterbreitet wurde, sollen überhaupt nicht mehr so viel Steinmehren beschäftigt werden, wie im vorigen Jahre. Auf unsere Anfrage, wie sich die Firma betr. Einstellung der am Orte verheirateten arbeitslosen Kollegen, die nach der letzten Arbeitsniederlegung auf der Strecke blieben, stellt, machte der Geschäftsführer die Zusage, dieselben, wenn Leute gebraucht würden, zu berücksichtigen.

Strehlen. In der am 7. März stattgefundenen Steinarbeiterversammlung war von der Gauleitung Striegau Kollege G. Müller erschienen, welcher in einstündigem Vortrage das Thema behandelte: Wo steht der Feind? Redner wandte sich zuerst gegen die Steuervorlagen, welche er einer gründlichen Kritik unterzog. Dann kam er auf sein eigentliches Thema, die Alkoholfrage, zu sprechen. In vortrefflicher Weise behandelte er dieses Thema. Daß die Ausführungen des Vortragenden auch den örtlichen Verhältnissen angepaßt waren, bewies am Schluß der gezielte stürmische Beifall. Bedauerlich ist es, daß die Mitglieder zur Versammlung nicht vollständig erschienen waren. Die Diskussion entspann sich im Sinne des Referenten. Dann kamen örtliche Angelegenheiten zur Sprache. Die Firma Schiller glaubt, wenn sie das Verbot der Volkswacht im Bruche verbietet, den Verband los zu werden. Herr Walter bei der Firma Schall meint, wer die Steine zu dem Preise nicht so arbeitet, wie sie verlangt werden, der soll Feinden schließen geben. Der Vertrauensmann ging noch auf die Agitation der Christlichen ein und ersuchte die Kollegen, für die Ausbreitung des Verbandes Sorge zu tragen.

Sulzfeld. Am 14. März tagte hier wieder eine gut besuchte Steinarbeiterversammlung. Gauleiter Braun referierte. Redner behandelte in eingehender Weise die Hirsch-Dunderschen Gewerkschaftsrichtigung. Der Steinarbeiterverband hätte aber diese Richtung nicht zu fürchten. Was wir leisten, können die Hirsche niemals erreichen. Jene Organisationsrichtigung darf als überlebt bezeichnet werden, das zeigt auch der kolossale Mitglieder-rückgang. Nach dem Referat trug der Gesangverein etliche gut eingelebte Lieder vor. Die Kollegen möchten doch in Zukunft alles aufbieten, damit die Zahlstelle durch Mitgliederzuwachs wieder gestärkt wird.

Wildemann. Eine Steinarbeiterversammlung fand am 14. März im Schützenhause statt, in der Kollege Biemig aus Hannover über: Das Unternehmertum in der Krise referierte. Er führte der Versammlung in erklärender Weise die Lehre der letzten Wochen vor Augen. Am 27. v. M. wurden die Tagelohnarbeiter im Betriebe Adlersberg mit einer 10 prozentigen Lohnreduktion beglückt. Wären nun die Arbeiter besser organisiert, so brauchten sie dergleichen nicht hinzunehmen. Die Pflastersteinarbeiter dürfen nur noch zwei Sorten Steine herstellen, nämlich rechtwinklige Reihensteine I und Kleinpflaster. Wer in dieser Branche tätig ist, weiß, was das bedeutet. Wie gewöhnlich, schühten die Direktoren schlechte Konjunktur vor, aber nach unserer Kenntnis kann in den Harzer Grauwadebrüchen von schlechter Konjunktur absolut keine Rede sein. Dies Material wird von den Tiefbauämtern sehr begehrt. Man könnte eher vermuten, daß von der Direktion eine Probe auf die Widerstandsfähigkeit der Arbeiter versucht wird. Die Steinarbeiter haben nun ein, was sie durch ihre Indifferenz verschuldet hatten und erklärten, sich dem Verbanne wieder anzuschließen, was denn auch gleich geschehen ist. Hoffen wir, daß der kurzfristige Egoismus in den Arbeiterreihen bald völlig schwinden wird!

Wurzen. Am 7. März fand im Schützenhause eine öffentliche Steinarbeiterversammlung mit folgender Tagesordnung statt: 1. Abrechnung vom 4. Quartal; 2. Frauenarbeit; 3. Bauarbeiterkongress; 4. Verschiedenes. Beim 1. Punkt entspann sich nochmals eine berechtigte Debatte über die Mißwirtschaft des früheren Beamten, was aber vom Vorsitzenden sachgemäß erläutert wurde. Die einzelnen Mitglieder hätten nichts einzubringen, denn den ganzen Fehlbetrag trägt einzig und allein die Hauptkasse, da doch jedes Mitglied seine Verbandsmarke für den geleisteten Beitrag erhalten hat. Beim 2. Punkt wurde Klage geführt, daß die Frauen in den Lüttiger Brüchen schlecht entlohnt würden. Die Bundesratsverordnung verbietet einfach die Frauenarbeit im Steinbruchbetriebe. Ueber die Beschäftigung der Bauarbeiterkongress erklärte der Vorsitzende den Kollegen, welchen Zweck die Beschäftigung eigentlich hätte. Wenn auch unsere Zahlstelle noch auf schwachen Füßen steht, so sei es doch unsere heiligste Pflicht, dafür zu sorgen, daß wir vertreten sind. Unser Vorsitzender Kollege H. Pfeiffer wurde als Delegierter gewählt. Nach Erledigung einiger örtlicher Angelegenheiten wurde die Versammlung geschlossen.

Es ist unabweißbare Pflicht eines jeden Mitgliedes, in jeder Versammlung zu erscheinen. Als Entschuldigung gilt nur Krankheit oder andere wichtige Vorkommnisse